

ENERGIE- INFO

Berichte und Nachrichten aus dem Energiebereich

Liebe Leserinnen und Leser,

unglaublich, aber wahr! Die Energie-Info befindet sich im 21. Jahr ihres Erscheinens. Wenn ich mir so die ersten Ausgaben anschau.....“Info, wie hast du dir verändert!“

Wer Veränderungen vorschlagen möchte oder Kritik und / oder Anregungen hat: Meinungen bitte an meine neue Email-Adresse (siehe S.4).

Michael Carl

Redaktionsschluss: 28.1.2008

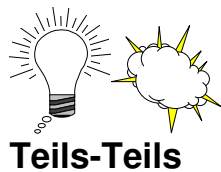
Arbeitskreis Energie des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Rheinland-Pfalz

Inhaltsverzeichnis

Einführung	4
Literaturhinweise	4



Größte Photovoltaikanlage in Rheinland-Pfalz in Betrieb.....	5
Projekt des Winters 2007/08: Passivhaus Bruchhof, Koblenz..	6
Streit um Atomstrommenge.....	6
Erneuerbare Energien unterstützen Frieden.....	7
Norwegen baut Osmose-Kraftwerk.....	8
Landau schöpft Energie aus Erdwärme.....	9
Energie für Jobs.....	10
Gabriel: Klimaziel erreichbar.....	10
EU verschärft CO ₂ -Handel.....	11
Hering: Konkurrenz für Stromkonzerne.....	12
Der Weg zum „Energierland Rheinland-Pfalz“.....	14
So einfach sind Windräder nicht zu verhindern.....	16
Kaisersesch muss Windkraft zulassen.....	16



Klimaschutz in kleinen Schritten.....	18
Junge Menschen für mehr Klimaschutz gewinnen.....	20
Nicht besonders ehrgeizig.....	21
100 % Naturstrom möglich.....	22
Gazprom lässt BASF an Erdgas in Sibirien.....	23
Rekordwerte trotz gebremsten Wachstums.....	24



Deutschland: Nachfrage nach Windanlagen flaut ab.....	25
Angst vor Eis.....	26
Rheinland-Pfalz fällt bei Klimaschutztest durch.....	26
Hessen: Atomanteil unter 60%, Ökostrom-Import.....	27
Umbau zu Atomendlager.....	28
Leukämie-Studie zu AKWs stößt auf Skepsis.....	29
Krebsstudie ohne Folge.....	30
Atomkraft soll schwindende Gasvorräte ersetzen.....	31
Wieder Panne im AKW Krümmel.....	32
Risse und Leck im AKW Brunsbüttel.....	33
Stromanbieter verkaufen Atomstrom als Ökostrom.....	33
Kernenergie: weder CO ₂ -frei noch befreiend.....	34
US-Regierung distanziert sich von Klimaschutz-Kompromiss..	36
Kohlekraftwerke nicht zukunftsfähig.....	37
Mainz: BUND gegen Bau des Kohlekraftwerks.....	38
Stadtwerke beteiligen sich an Kohlekraftwerk.....	39
Ratsmehrheit für Kohlekraftwerk.....	39
„Folgen des Klimawandels sind unumkehrbar“.....	40
Das zweitwärmste Jahr seit 1901.....	41
Weihnachtsbeleuchtung bleibt ein Stromfresser.....	42
Stromverkauf lohnt!.....	42

Einführung

Die Energie-Info, herausgegeben vom Arbeitskreis Energie im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Rheinland-Pfalz, versucht, in für die Umwelt gute und schlechte Nachrichten zu unterteilen. Dies ist natürlich nicht immer möglich, so dass stets auch einige Seiten neutraler Informationen enthalten sind.

Für Mitarbeiter an der Info:

Der Redaktionsschluss für die vier Ausgaben pro Jahr:

15.1., 15.4., 15.7., 15.10. jeden Jahres.

Meine Adresse:

Michael Carl, Höhenweg 15, 56335 Neuhäusel

Tel.: 02620/8416; Fax: 02620/950805; E-Mail: michael.carl@t-online.de (**neu!!**)

Mein Dank gilt an dieser Stelle denjenigen Mitgliedern des AK Energie, die mir freundlicherweise Material zukommen ließen, das ich zum Teil für diese Ausgabe der Info verwertet habe.

Literaturhinweise

Die Bücher, Broschüren und Faltblätter sind bei der Landesgeschäftsstelle in Mainz erhältlich.

➤ „Positive Anlagen in Rheinland- Pfalz. - Sinnvolle Energieverwendung in bestehenden Anlagen“; Preis: 2,60 €.

➤ „Vorbild Kommune - Zukunftsfähige Energienutzung; Wo Zukunft schon begonnen hat: Rheinland-Pfälzer zeigen wie's geht“; Preis 2,70 €.

➤ Faltblätter

- Solarstrom - Grundlagen
- Energiewende jetzt/Arbeitsplätze
- Energiesparen beim Heizen
- Der Gasherd
- Regeln zum richtigen Lüften
- Wärmepumpe
- Energie sparend Auto fahren
- Warmwasserbereitung
- Off. Kamine/Schornsteinfeger
- Holznutzung
- Contracting
- Wechsel des Stromlieferanten
- Energie sparen
- Erneuerbare Energien-Gesetz
- Antriebsalternativen (Auto)
- Energiesparlampen (**neu!**)

➤ Thesenpapiere:

- Thesen Windenergienutzung
- Wasserkraftnutzung in Klein- und Kleinstwasserkraftanlagen
- Nachwachsende Rohstoffe/ Rest-Biomassen
- Thesen Fotovoltaiknutzung
- Thesen Geothermienutzung

Größte Fotovoltaikanlage in Rheinland-Pfalz in Betrieb

Eine Fotovoltaikanlage ist ein Kraftwerk, an dem nichts dampft oder raucht, und an dem sich nicht mal irgendetwas dreht. Die größte Anlage dieser Art im Land Rheinland-Pfalz ist nun auf der Mehringer Höhe in Betrieb gegangen.

Erbauerin und Betreiberin der rund 12,5 Millionen Euro teuren Anlage ist die Juwi Solar GmbH in Bolanden. Das Gelände in unmittelbarer Nachbarschaft der A 1 Koblenz-Saarbrücken gehört der Ortsgemeinde Mehring, die gegenüber der Juwi als Pächterin auftritt. Die Arbeiten an dem rund 14 Hektar umfassenden Solarkraftwerk hatten im August 2007 begonnen. Im Herbst speiste der erste von drei Teilbereichen - den sogenannten Stationen - bereits Elektrizität ins öffentliche Stromnetz. Kurz vor Weihnachten ging das Sonnenkraftwerk mit allen drei Stationen ans Netz.

"Trotz der zurzeit kurzen Tage mit geringer Sonneneinstrahlung wurden seither 120.000 Kilowattstunden Strom erzeugt. Dies entspricht etwa dem Jahresbedarf von 30 Haushalten", sagt Bauleiter Andreas Stengel von der Juwi GmbH. Das Gespräch mit Stengel und seinem Kollegen Michael Beckmann findet inmitten endlos erscheinender Reihen von aufgeständerten Kollektoren statt. Insgesamt sind fast 47 000 der schwarzglänzenden Einzelmodule verbaut worden. Die durchschnittliche Jahresleistung der Anlage beträgt rund 3,4 Millionen Kilowatt.

Stille herrscht nun auf dem Gelände, wo im September täglich noch 50 Bauleute und Monteure arbeiteten. Technisch spektakulär ist das Ergebnis nicht: Außer den gelben Hochspannungs-Warnschildern am hohen Sicherheitszaun deutet nichts darauf hin, dass in dieser Anlage Strom produziert wird. Gesteuert und überwacht wird der Mehringer Solarpark per Datenübertragung von der Bolandener Juwi-Zentrale aus.

Insgesamt arbeiten in der Verbandsgemeinde Schweich nun zwei Fotovoltaikanlagen an den Standorten Longuich (zwölf Hektar) und Mehring. Fertig geplant sind etwa gleich große Anlagen in Riol und Leiwen. Nach Angaben von Armin Kopp, Bauverwaltung der Verbandsgemeinde (VG) Schweich, soll mit dem Bau des Leiwener Solarkraftwerks noch in diesem Frühjahr begonnen werden. Außerdem plant der Zweckverband Industriepark Föhren (IRT) eine bis zu 16 Hektar große Anlage auf seinem Gelände zwischen Föhren und Bekond. Einen entsprechenden Grundsatzbeschluss fasste die IRT-Verbandsversammlung im Dezember (der TV berichtete).

Als Investor stehen inzwischen die Stadtwerke Trier fest. Die künftige Konzentration von Fotovoltaikanlagen in der VG Schweich ist auffallend. Armin Kopp: "Soviel Solarenergie auf so kleinem Raum gibt es in Deutschland nicht noch einmal. Dies bestätigen uns auch Experten und Branchenkenner."

Triererischer Volksfreund vom 9. Januar 2008



Passivhaus Bruchhof in Koblenz erhält BUND-Preis „Projekt des Winters 2007/08“

Bei kühlen Außentemperaturen, aber behaglichen 20 °C im Inneren des Passivhauses verlieh der Bund für Umwelt und Naturschutz am Sonntag den Preis „Projekt des Winters 2007/08“ an das Eigenheim der Familie Bruchhof in Koblenz. Das in Holzbauweise erstellte Gebäude im Passivhausgebiet Asterstein hat einen Gesamtenergieverbrauch (Heizung, Warmwasser und Elektrogeräte) von unter 4.000 kWh pro Jahr. Vergleichbare Neubauten benötigen das Drei- bis Fünffache oder noch mehr.

Der BUND-Bezirksbeauftragte Matthias Boller aus Lahnstein überreichte im Rahmen einer kleinen Feierstunde eine Urkunde an die Familie Bruchhof, die das Projekt durch ihre persönliche Einstellung aktiv begleitet und unterstützt. Das Haus besitzt keine Heizungsanlage, dafür aber eine Superdämmung von fast 50 cm sowie einen Sonnenkollektor. Eine Fotovoltaikanlage ist geplant. Projektiert und errichtet wurde das Passivhaus durch die Firma Holzbau-Blum in Neuwied.

Stefan Schäfer als der verantwortliche Architekt bei Holzbau-Blum und der Installateur Michael Amstutz führten in die Technik eines Passivhauses ein. Der Verzicht auf eine Heizungsanlage verlangt nicht nur eine hervorragende Dämmung, sondern auch eine aufwendigere Haustechnik inklusive einer Lüftungsanlage. Die dadurch erhöhten Kosten werden aber zum Teil durch das nicht mehr nötige Verteilsystem einer Heizung wieder eingespart. Außerdem machen die Energiekosten nur den Bruchteil derer eines normalen Hauses aus, was in Zukunft sicher noch erheblich an Bedeutung gewinnen wird.

Der Arbeitskreis Energie des Bundes für Umwelt- und Naturschutz (BUND) Rheinland-Pfalz wählt alle halbe Jahre ein Projekt für vorbildliche Leistungen im Bereich Energie und Klimaschutz aus. Der Sprecher des Arbeitskreises, Michael Carl betonte, dass solche vorbildlichen Bauprojekte ins Licht der Öffentlichkeit gebracht werden müssten um aufzuzeigen, dass solch geringe Energieverbräuche technisch kein Problem seien. Auch die Baukosten stiegen dadurch nicht ins Unendliche, sondern hielten sich in moderatem Rahmen.

Michael Carl

Streit um Atomstrom-Menge

Reststrommengen des rheinland-pfälzischen Kernkraftwerks Mülheim-Kärlich, das wegen einer fehlerhaften Baugenehmigung nach nur einjähriger Betriebszeit 1988 stillgelegt werden musste, dürfen nicht auf das Atomkraftwerk Brunsbüttel übertragen werden. Das entschied gestern das Oberverwaltungsgericht in Schleswig.



Das Atomgesetz in der Fassung vom 22. April 2002 lasse eine derartige Übertragung nicht zu, erklärten die Richter. Erstmals in Deutschland entschied ein Gericht über die Verlängerung der Restlaufzeit eines Atomkraftwerks (AKW). Brunsbüttel-Betreiber Vattenfall hatte gegen Bundesumweltminister Gabriel geklagt, um Reststrommengen aus dem stillgelegten AKW Mülheim-Kärlich auf den Meiler Brunsbüttel übertragen zu dürfen. Die Richter erklärten, aus der gesetzlichen Regelung ergebe sich abschließend, dass das für Mülheim-Kärlich festgelegte Strommengen-Kontingent nur auf die dort in einer Fußnote ausdrücklich genannten Kernkraftwerke übertragen werden könne, zu denen Brunsbüttel gerade nicht gehöre.

Ausgangspunkt des Rechtsstreites sind die Regelungen des so genannten Atomausstiegsgesetzes von 2002. Demnach ist es unter bestimmten Voraussetzungen möglich, Strommengen von einem Atomkraftwerk auf ein anderes zu übertragen und damit dessen Laufzeit zu verlängern. Für Mülheim-Kärlich wurde eine Strommenge von 107,2 Terawattstunden (TWh) festgelegt, eingespeist hatte das Kraftwerk bis zur Stilllegung 10,3 TWh (1 TWh = 1 Milliarde Kilowattstunden). Nach dem Willen der Bundesregierung soll Brunsbüttel 2009 endgültig stillgelegt werden.

Rheinpfalz vom 17.1.08

Erneuerbare Energien unterstützen Frieden

Die ökologische Umstellung der Energieversorgung ist nicht nur umweltpolitisch sinnvoll. Indem der Energiemix eines Landes aus mehr und anderen Energiequellen als bisher gespeist wird, kann er eine friedensstiftende Wirkung entfalten, so eines der Kernergebnisse einer Studie von Adelphi Consult und des Wuppertal Instituts im Auftrag des Bundesumweltministeriums. Auf der Grundlage eines erweiterten Sicherheitsbegriffs vergleicht die Studie Chancen und Risiken konventioneller und auf erneuerbaren Energieträgern beruhender Versorgungssysteme in sechs Themenfeldern: Energiesicherheit, Innere Sicherheit, Verteidigung, Klimasicherheit, Entwicklung, Investitionen und Finanzmärkte.

Der Zusammenhang zwischen Klima- und Energiepolitik und Sicherheitspolitik wird deutlich angesichts der Abhängigkeit des weltweiten Energieverbrauchs von instabilen Regionen. Das zeigen politische Spannungen zwischen Russland und seinen Nachbarstaaten, aber auch die Konflikte um die Ölvorkommen im Nahen Osten. Hinzu kommt, dass die heutigen und kommenden Auswirkungen des Klimawandels die Stabilität weiterer Regionen der Erde bedrohen. Dabei geht es vor allem darum, inwieweit die Klimafolgen der Energiepolitik mögliche Konflikte verstärken oder sogar auslösen.

Auch die Verwundbarkeit der deutschen Energieversorgungs-Strukturen wird vor dem Hintergrund der wachsenden Terrorgefahr analysiert. Die Studie zeigt, dass mit Ausnahme großer Wasserkraftwerke die Anlagen zur Nutzung der erneuerbaren Energien weit weniger anfällig für Angriffe sind als konventionelle oder Atomkraftwerke.



Die Studie „Sicherheitspolitische Bedeutung erneuerbarer Energien“ gibt einen umfassenden Überblick über die Zusammenhänge zwischen Energie- und Sicherheitspolitik. Die Langfassung ist im Internet unter www.erneuerbare-energien.de verfügbar.

BMU Pressedienst; 19. November 2007

Norwegen baut Osmose-Kraftwerk

Der unterschiedliche Salzgehalt von Fluss- und Meerwasser kann genutzt werden, um Strom zu erzeugen. Die Pilotanlage soll nächstes Jahr fertig sein.

Das Prinzip kennt man aus dem Chemieunterricht. Füllt man Salz- und Süßwasser in zwei Behälter, die durch eine halb durchlässige Membran - beispielsweise eine Schweinsblase - getrennt sind, gibt das Süßwasser als die weniger konzentrierte Lösung keine Ruhe, bis es durch die Membran gepresst wird und das stärker konzentrierte Salzwasser verdünnt hat. Der Prozess endet erst, wenn beide Behälter die gleiche Konzentration aufweisen. Dieser Effekt heißt Osmose. Den hierbei entstehenden osmotischen Druck - der beispielsweise auch die Haut salziger Bockwurstchen durch das hineindrückende heiße (Süß-)Wasser platzen lässt - will man in Norwegen jetzt zur Elektrizitätsgewinnung nutzen.

An Flussmündungen sollen Kraftwerke entstehen, in denen das Süßwasser des Flusses in ein Rohrsystem geleitet wird. Die Röhren sind so aufgebaut, dass das Flusswasser, abgetrennt durch eine Membran, auf salzhaltiges Wasser aus dem Meer trifft. Das Süßwasser wird aufgrund der Osmose durch die Membran hindurch zum Salzwasser hinübergezogen. Durch das auf die Salzwasserseite hineindrängende Süßwasser entsteht ein Überdruck, der zum Betrieb einer Turbine genutzt werden soll.

Theoretisch wurde das Prinzip eines solchen Salzkraftwerks bereits in den Siebzigerjahren von dem israelischen Forscher Sidney Loeb entwickelt. Eine Realisierung war aber bislang an der Entwicklung einer geeigneten Membran gescheitert. Sie sollte für Süßwasser leicht durchlässig sein, aber auch dem bei der Osmose entstehenden hohen Wasserdruck standhalten: Die Knackwurst" soll zwar kräftig anschwellen, darf aber nicht platzen.

Membranen für die "umgekehrte" Osmose, bei der durch die Entziehung des Salzes aus Salzwasser Trinkwasser gewonnen wird, sind zwar weltweit in Entsalzungsanlagen im Einsatz, erwiesen sich aber als ungeeignet, berichtet Rune Øyan, Projektleiter des staatlichen Energieunternehmens Statkraft.

Passende Membranen habe man in Zusammenarbeit mit mehreren Firmen erst entwickeln müssen. Nach zehn Jahren und mehreren Millionen Euro Entwicklungskosten, an denen sich seit fünf Jahren auch die EU beteiligt, steigerte man die Leistung eines Quadratmeters Membranfläche von ursprünglich 0,1 auf mittlerweile über 4 Watt.



Im nächsten Sommer soll nun der Bau einer Pilotanlage beginnen, wo man die Technik erstmals im Rahmen einer kompletten Versuchsanlage testen will. Geht alles nach Plan, hofft Statkraft 2015 das erste kommerzielle Salzkraftwerk in Betrieb nehmen zu können. Bei den Produktionskosten für den Strom soll die Anlage mit anderen erneuerbaren Energiequellen wie beispielsweise Windkraft konkurrieren können.

Ein Salzkraftwerk wäre nicht nur CO₂-frei. Auch der übrige Natureingriff wäre im Vergleich zu anderen erneuerbaren Energiequellen relativ gering. Auf einer Fläche von der Größe eines Fußballplatzes kann laut Statkraft eine Anlage mit einer Leistung von 25 Megawatt errichtet werden. An geologisch geeigneten Stellen könne man diese auch gänzlich unterirdisch bauen.

Geeignet seien im Prinzip alle Flussmündungen, so Statkraft. Für Norwegen bestehe theoretisch die Möglichkeit, rund 20 Prozent des jetzigen Stromverbrauchs mit Salzkraft zu gewinnen. 10 Prozent hält man auch praktisch für realistisch. Und für ganz Europa hat Statkraft eine mögliche Energieproduktion durch Salzkraft von 200 Terawattstunden im Jahr errechnet.

Taz; 23. November 2007

Landau schöpft Energie aus Erdwärme

Das bislang größte industrielle Erdwärmekraftwerk Deutschlands ist im pfälzischen Landau in Betrieb genommen worden. Das 20 Millionen Euro teure Projekt, das mit heißem Wasser aus tieferen Erdschichten arbeitet, kann Strom für mehr als 6000 Haushalte und Fernwärme für rund 300 Haushalte produzieren. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) bezeichnete den Start als "einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zur intelligenten und klimaverträglichen Energieerzeugung von morgen". Während Deutschland Öl und Uran zu je 100 Prozent und Gas zu 80 Prozent einführen müsse, sei Erdwärme jederzeit in nahezu unerschöpflicher Menge verfügbar. Mit dem Kraftwerk können laut Betreiber zudem etwa 6000 Tonnen CO₂ jährlich eingespart werden.

Die auf einem ehemaligen Militärgelände in dreijähriger Arbeit errichtete Anlage ist auch das erste Erdwärmekraftwerk im Land. Es wurde von der geox GmbH gebaut, einer Tochter der Energieversorger Pfalzwerke (Ludwigshafen) und EnergieSüdwest (Landau). Demnach pumpt die Anlage aus etwa 3300 Metern Tiefe rund 160 Grad heißes Wasser nach oben und nutzt es zur Produktion von Strom und Fernwärme. Danach fließt das abgekühlte Wasser über ein anderes Loch wieder in die Erde. Das Kraftwerk läuft zunächst im Testbetrieb, der Dauerbetrieb ist für 2008 geplant. Die Technik verursacht den Angaben zufolge keine Entsorgungsprobleme.

Rheinpfalz vom 22.11.07



Energie für Jobs

Das anhaltende Wachstum der erneuerbaren Energien hat in Deutschland einer Studie zufolge mehr Arbeitsplätze geschaffen als bislang angenommen. 2006 waren in den Sparten Wind- und Sonnenenergie, Wasserkraft, Geothermie und Biomasse rund 235.000 Menschen beschäftigt, teilte das Bundesumweltministerium mit.

Gegenüber 2004 war dies ein Plus von fast 50 Prozent. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) erklärte, mit dem Ende August beschlossenen Energie- und Klimaprogramm schaffe die Regierung den notwendigen Rahmen dafür, dass diese Entwicklung andauert. Mindestens 134.000 Arbeitsplätze sind direkt auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz zurückzuführen. Das Ministerium hatte das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, das Deutsche Institut für Luft- und Raumfahrt sowie die Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturforschung mit der Studie beauftragt.

Rhein-Zeitung vom 3.11.07

Gabriel: Klimaziele erreichbar

Deutschland soll den Ausstoß von Treibhausgasen mittelfristig um 14 Prozent unter den Wert von 2005 senken. Diese Zielvorgabe für das Jahr 2020 beschloss die Europäische Kommission in ihrem Gesetzentwurf zum Klimaschutz. Der Wert gilt nur für die Emissionen von Fahrzeugen, Haushalten, Gewerbe und Landwirtschaft. Die Abgase von Industriebetrieben sollen mit einem EU-weiten Emissionshandel verringert werden. Gleichzeitig beschloss die Kommission, dass Deutschland bis 2020 den Anteil erneuerbarer Energien auf 18 Prozent des Gesamtverbrauchs steigern soll.

Mit diesen konkreten Vorschlägen soll die Europäische Union eine führende Rolle beim Klimaschutz übernehmen. Das Maßnahmenpaket enthält für alle 27 EU-Staaten individuelle Ziele.

Deutschland muss seine Klimaschutzanstrengungen verschärfen. Für das Ziel, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent zu senken, fehlen nun sechs statt der bisher erwarteten vier Prozent, sagte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD). Die EU-Kommission hat das Vergleichsjahr 2005 zugrunde gelegt und nicht 1990. Das Ziel nannte er aber machbar. Gabriel ließ offen, ob Deutschland darüber noch verhandeln will. Er verwies indirekt auf die Möglichkeit, über die Ziele mit Blick auf die umstrittenen Pläne zur CO₂-Senkung bei Autos zu sprechen.

Rhein-Zeitung vom 24.1.08



EU verschärft CO₂-Handel

Die Pläne der EU-Kommission für eine Reform des Emissionshandels werden die Kosten der Luftverschmutzung für Europas Industriebetriebe deutlich erhöhen. Denn ab 2013 will Brüssel die Zahl der Rechte zum Ausstoß von Kohlendioxid nochmals stark verringern. Außerdem müssen dann Energiekonzerne und Raffinerien fast ihre gesamten CO₂-Zertifikate auf Auktionen erwerben und erhalten sie nicht wie bisher weitgehend kostenlos. Das geht aus dem Richtlinienentwurf zur Reform des Emissionshandels von Umweltkommissar Stavros Dimas hervor, der dem Handelsblatt vorliegt und voraussichtlich am 23. Januar veröffentlicht werden soll.

Der Entwurf sieht vor, dass die Zahl der ausgegebenen CO₂-Zertifikate bis 2020 um 21 Prozent unter den Emissionen der Industrie von 2005 liegt, die Unternehmen den Ausstoß klimaschädlicher Gase also im Schnitt um mehr als ein Fünftel senken müssen. Ab 2013 sollen zudem insgesamt 60 Prozent der Zertifikate versteigert werden. Besonders streng sind dabei die Vorgaben für die Energiebranche. Kraftwerke und Raffinerien müssen dann 90 bis 100 Prozent ihrer CO₂-Rechte auf Auktionen erwerben.

Für andere Branchen soll die vollständige Versteigerung der CO₂-Zertifikate erst dann eingeführt werden, wenn ein neues internationales Klimaschutzabkommen vorliegt und in den Industrieländern außerhalb der EU vergleichbare Grenzen für den CO₂-Ausstoß gelten. Dimas' Gesetzentwurf enthält deshalb eine Revisionsklausel für das Jahr 2011, um dies zu überprüfen. Gibt es in den Drittstaaten keine vergleichbaren Maßnahmen zur CO₂-Reduktion, bekommen die Industriebetriebe weiterhin einen Teil ihrer Emissionsrechte kostenlos. Auf diese Weise könne verhindert werden, dass die Unternehmen ihre Produktion in Länder mit weniger strengen Klimaschutzvorschriften verlagern und dort die Emissionen steigen, heißt es in dem Gesetzentwurf. Die Kosten der Reform des Emissionshandels für sehr energieintensive Industriezweige will Dimas besonders stark abfedern.

Die deutschen Stromerzeuger lehnen die geplante vollständige Versteigerung der Zertifikate ab 2013 als zu radikal ab. So fordert Eon-Vorstandschef Wulf Bernotat, der Einstieg in das neue System dürfe nur schrittweise bis 2020 erfolgen. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) dagegen unterstützt die strengen Vorgaben aus Brüssel. Die EU müsse ab 2013 "möglichst schnell" zu einer vollständigen Auktionierung der CO₂-Rechte kommen, um die bisherigen "windfall profits" für die Energiekonzerne aus der kostenlosen Vergabe einzudämmen, sagte Gabriel vor zwei Wochen in Brüssel. Eine Sprecherin von Dimas wollte den Gesetzentwurf nicht kommentieren und betonte, es könne noch erhebliche Änderungen geben.

Der von der EU 2005 eingeführte Emissionshandel gilt als besonders innovatives Instrument zum Klimaschutz. Unternehmen, die ihre Emissionen senken, können überschüssige CO₂-Zertifikate verkaufen. Dadurch haben sie einen Anreiz zu Investitionen in die Abgasvermeidung. Allerdings litt das System anfangs unter Startproblemen. Die EU gab in der ersten Handelsperiode bis Ende 2007 zu viele Emissionsrechte aus, was



zu einem massiven Preisverfall führte. Für die zweite Handelsperiode von 2008 bis 2012 wurde die Zahl der CO₂-Zertifikate deshalb bereits reduziert, allerdings werden sie größtenteils noch immer kostenlos vergeben.

Dies will Dimas mit der Reform für die dritte Handelsperiode von 2013 bis 2020 ändern. Sein Ziel ist zudem, dass der Emissionshandel einen erheblichen Beitrag zu dem Beschluss der EU-Regierungschefs vom vergangenen Frühjahr leistet, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 20 Prozent zu senken.

Die geplante weitere Verringerung der Zertifikate und die Auktionierung werden den Preis für Kohlendioxid im Emissionshandel voraussichtlich in neue Rekordhöhen treiben - laut einem internen Strategiepapier der Kommission von Anfang Oktober auf bis zu 57 Euro pro Tonne CO₂. Der Gesetzentwurf macht zu der erwarteten Preissteigerung keine Angaben.

Die Einnahmen aus der Versteigerung - Kommissionsexperten erwarten einen zweistelligen Milliardenbetrag - sollen nach Dimas' Plänen zu 20 Prozent für Maßnahmen zur Emissionsminderung verwendet werden. Genannt wird unter anderem die Forschung an neuen Technologien wie der CO₂-Speicherung und die Entwicklung erneuerbarer Energien.

Handelsblatt; 04. Januar 2008

Hering: Konkurrenz für Stromkonzerne

Neue Konkurrenz soll das Preisdiktat der großen Energiekonzerne brechen. Mit den Milliarden-Einnahmen aus der Versteigerung von Erlaubnisscheinen zur Klimabelastung soll nach Vorschlägen des Mainzer Wirtschaftsministers Hendrik Hering der Bau regionaler Kraftwerke gefördert werden.

Der Widerstand gegen das geplante neue Kohlekraftwerk in Mainz ist zwar bei den Bürgern heftig, doch nach Überzeugung des rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministers Hering (SPD) liegt die Zukunft einer erschwinglichen, sicheren Stromversorgung in regionalen, möglichst umweltfreundlichen Kraftwerken.

Die weltweite Nachfrage nach Energie wächst, die Strompreise explodieren und Experten warnen vor drohenden Versorgungsengpässen in wenigen Jahren: Hering schlägt als Ausweg vor, die Förderprogramme für kleinere dezentrale Anlagen erheblich auszuweiten, um so schnell wie möglich Konkurrenz aufzubauen und die Marktmacht der vier großen Stromkonzerne RWE, Eon, EnBW und Vattenfall zu brechen.

Die umstrittene Beteiligung der Stadtwerke Trier an einem RWE-Kraftwerk im westfälischen Hamm bezeichnet Hering unter dem Gesichtspunkt der Versorgungssicherheit zwar als "sinnvoll". Sie führe allerdings nicht zu der gewünschten Konkurrenzsituation.



Eine von seinem hessischen CDU-Kollegen Alois Rhiel ins Spiel gebrachte Zerschlagung der Konzerne lehnt Hering wegen langwieriger Klagen und zu erwartender milliardenschwerer Entschädigungsforderungen ab. Finanzieren will Hering das Investitionsprogramm aus den Einnahmen des Bundes durch die Versteigerung der CO₂-Zertifikate, zu der sich die EU in dieser Woche detaillierter festlegen will. Erwartet werden jährliche Einnahmen von 500 Millionen Euro, ab 2013 sogar von mehreren Milliarden.

Weil es sich dabei vor allem um Umweltabgaben der Energiekonzerne handelt, würden sie auf diesem Wege ihre eigene künftige Konkurrenz finanzieren. Von dem Programm, das Hering bei der nächsten Konferenz der Wirtschaftsminister einbringen will, könnten Privatinvestoren, Mittelstand und Kraftwerke, an denen die großen Konzerne nur geringfügig beteiligt sind, profitieren. Bei regionalen Anlagen können laut Hering Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Gewinne vor Ort bleiben und damit auch die notwendige Akzeptanz schaffen. Zudem will er verstärkt umweltfreundliche erneuerbare Energien einbinden.

Allerdings gibt es aus Sicht des Ministers auf absehbare Zeit keinen Verzicht auf Kohlekraftwerke. Er forderte, die Genehmigungszeiten für Kraftwerksanlagen zu verkürzen. Die CDU lehnt Herings Pläne nicht rundweg ab, setzt jedoch vor allem auf mehr Fördergeld für die Nutzung von Erdwärme. Nach Auffassung der FDP lösen die Vorschläge nicht das Problem zu hoher Strompreise. Vielmehr müsse der Zugang zu Leitungsnetzen verbessert werden, um Wettbewerb zu ermöglichen. Die Grünen sagen Nein zu Kohlekraftwerken und fordern den Ausbau erneuerbarer Energien sowie weniger Hürden für Wind- und Solaranlagen.

Meinung: Kampf um Konkurrenz

Konkurrenz belebt das Geschäft. Doch dieser Satz gilt nicht für den Strommarkt. Vier Konzerne beherrschen das Feld, aber keinesfalls im harten Wettbewerb. Satte Gewinne werden eingefahren und die Verbraucher in immer kürzeren Abständen noch mehr zur Kasse gebeten. Wenn sich nun der Mainzer Wirtschaftsminister Hering aufschwingt, die Macht dieser Konzerne brechen zu wollen, ist dies vielleicht gut gemeint, allerdings wird er sich genauso überheben wie sein hessischer Kollege Rhiel, der gar populistisch die Zerschlagung der StromMultis fordert. Der Trend zeigt genau in die andere Richtung: Die Konzerne kaufen sich bei Stadtwerken ein und bauen Einfluss aus, weil sich die Kommunen dadurch eine sichere Versorgung versprechen.

Herings Vorschlag, auf regionale und umweltfreundliche Kraftwerke zu setzen, stößt schnell an Grenzen. Erneuerbare Energien bringen in überschaubarer Zeit nur sehr begrenzte Entlastung. Ja, sie geraten teilweise wegen ihrer Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion oder drohender Monokulturen selbst in die Diskussion. Gleichzeitig stoßen Kohlekraftwerke auch mit verbesserter Technik auf erbitterten Widerstand, wie etwa in Mainz. Im Saarland scheiterte RWE mit einer geplanten Anlage am Nein der Bevölkerung.



Auf einen raschen Aufbau gewichtiger Konkurrenz zu setzen, ist daher trügerisch. Die Karten auf dem Strommarkt werden so schnell nicht neu gemischt. Dennoch führt Hering's Initiative langfristig auf den richtigen Weg, um sich aus der Abhängigkeit von den großen Vier zu lösen. Weil Atommeiler abgeschaltet werden sollen und viele Kraftwerke erneuert werden müssen, sind hohe Milliardenbeträge in den nächsten Jahren zu investieren. Dabei werden die Wege an den ungeliebten Großkonzernen nicht vorbeiführen, trotz heftiger Suche nach Alternativen.

www.volksfreund.de/nachrichten/rheinlandpfalz/rheinlandpfalz/art806,1606690; 22.1.08

Der Weg zum "Energiewelt Rheinland-Pfalz"

Leitthesen der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP)

Der Klimawandel und ein weltweit wachsender Energiebedarf zwingen zum raschen Handeln. Rheinland-Pfalz hat den Ehrgeiz, als "Energiewelt" Maßstäbe zu setzen. Damit das gelingt, müssen alle - die Unternehmen, die Kommunen sowie alle Bürgerinnen und Bürger - mitwirken. Der Weg zum "Energiewelt Rheinland-Pfalz" führt über Energieeinsparung, Energieeffizienz und die Verwendung erneuerbarer Energien. Erfolge dabei werden auch dazu beitragen, die Position von Rheinland-Pfalz im internationalen Standortwettbewerb zu verbessern.

1. Bewusstsein und Handeln

Informations- und Beratungsangebote sollen die Verbraucher dazu motivieren, Energie sparsam und effizient zu nutzen. Hierbei muss deutlich gemacht werden, dass energieeffizientes Handeln keinen Verlust, sondern einen Gewinn an Komfort und Lebensqualität bedeutet. Um dies zu erreichen, sollte "Energie" zu einem über die Medien und die Bildungseinrichtungen vermittelten zentralen Thema der Gesellschaft werden.

2. Kommunen und Kreise

Die Kommunen und die Kreise müssen ihre regionalen Energiepotenziale, insbesondere die erneuerbaren Energien, identifizieren und erschließen. Hierzu können kooperative Modelle auf kommunaler Ebene einen wichtigen Beitrag leisten. Um dies rasch zu realisieren, sollte das Land Energieziele setzen und die Gebietskörperschaften dabei unterstützen, ein systematisches Energie- und Stoffstrommanagement für Städte, Kreise und Gemeinden einzuführen.

3. Forschung und Entwicklung

Die Energie- und Klimaforschung an den rheinland-pfälzischen Hochschulen sollte ausgebaut und gefördert werden. Die Technologieförderung sollte innovative Energie-Projekte von Hochschulen, Unternehmen und einzelnen Erfindern aktiv unterstützen. Rheinland-pfälzische Unternehmen sollten über die Landesgrenzen hinaus zu Treibern bei der Entwicklung energiesparender Technologien sowie erneuerbarer Energien werden.



4. Produkte und Dienstleistungen

Unternehmen sollten ihre Produkte und Produktionsabläufe energieeffizient gestalten und kontinuierlich optimieren sowie verstärkt auf den Einsatz erneuerbarer Energien setzen. Energiedienstleister aus Beratung, Industrie und Handwerk sollten als Netzwerk gemeinsam mit Finanzdienstleistern eine effiziente Energienutzung fördern. Energiedienstleistungen aus Rheinland-Pfalz sollten in Deutschland und über Deutschland hinaus als "Marke" anerkannt werden.

5. Bauen und Wohnen

Energetische Standards für private, gewerbliche und öffentliche Gebäude müssen am jeweiligen Stand der Technik ausgerichtet sein. Ihre Einhaltung muss kontrolliert werden. Da das größte wirtschaftliche Energieeinsparpotenzial im Gebäudebestand liegt, sollte dieses umfassend erschlossen und die Sanierungsrate erhöht werden. Energie-sparende Sanierung von Altbauten im Ortskern sollte Vorrang vor der Anlage von Neubaugebieten haben. Neubauten sollten im Passivhausstandard ausgeführt werden.

6. Erfolge und Anreize

Durch Anreize und verbindliche Regelungen müssen die Hürden für energiesparende Investitionen gesenkt werden. Die Politik sollte durch Wettbewerbe, Steuervorteile und spezifische Förderprogramme Anschubhilfen leisten sowie Innovationen und erfolgreiche Energieprojekte aus Wirtschaft und Gesellschaft öffentlich anerkennen und auszeichnen.

7. Verkehr und Transport

Es soll ein Leitbild "Energiesparende Mobilität" mit innovativen Konzepten für alle Verkehrsträger entwickelt und etabliert werden. Dabei geht es vor allem um energieeinsparende Antriebs- und Fahrzeugkonzepte, eine verstärkte Nutzung schadstoffärmerer Kraftstoffe wie auch um eine zukunftsorientierte Planung von Infrastruktur und Siedlungsentwicklung.

ZIRP 2007; Weitere Informationen erhalten Sie unter: www.zukunftsradar2030.de



So einfach sind Windräder nicht zu verhindern

Wer als Kommune seinem Flächennutzungsplan kein schlüssiges Konzept zur Nutzung der Windenergie zugrunde legt, darf sich über weitere Windräder nicht wundern: Das Verwaltungsgericht Koblenz gab jetzt einer klagenden Firma recht, die im Bereich der Verbandsgemeinde Kaisersesch zwei Anlagen bauen will. 2004 hatte die Firma dies bei der Kreisverwaltung Cochem-Zell beantragt. Als das Genehmigungsverfahren schon lief, schloss die Verbandsgemeinde mit einer Änderung ihres Flächennutzungsplans die beiden Standorte für die Windenergienutzung aus. Das ist unwirksam, hat im Januar 2007 das Oberverwaltungsgericht entschieden und dabei das fehlende Gesamtkonzept der Verbandsgemeinde zur Nutzung der Windenergie moniert. Die Firma klagte daraufhin vor dem Verwaltungsgericht gegen den Kreis auf Erteilung der Baugenehmigung und bekam jetzt mit gleichem Urteilstenor recht: Die Windräder sind erlaubt. Allerdings kündigte die Kreisverwaltung Berufung an.

Rhein-Zeitung vom 10.11.07

Kaisersesch muss Windkraft zulassen

Viel Wind um die Windkraft: Bis vor das Bundesverwaltungsgericht zog die Verbandsgemeinde Kaisersesch, um den Bau von Anlagen zu verhindern. Doch die Leipziger Richter nahmen ihr den Wind aus den Segeln.

Die Verbandsgemeinde Kaisersesch ist endgültig gezwungen, einen neuen Flächennutzungsplan aufzustellen. Denn auch in höchster Instanz vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig verlor die VG den Rechtsstreit gegen die Windenergieunternehmen Abo Wind AG und Juwi GmbH. Der bisherige Flächennutzungsplan von 2005 ist damit rechtswidrig.

In der Verhandlung versuchten die Vertreter der Verbandsgemeinde, gegen das Urteil aus der vorherigen Instanz vorzugehen. Darin hatte das Oberverwaltungsgericht Koblenz im vorliegenden Flächennutzungsplan eine Verhinderungsplanung erkannt, die darauf abziele, die Windkraft so weit wie möglich aus der VG zu verbannen. Auch das Bundesverwaltungsgericht konnte von der Verbandsgemeinde nicht davon überzeugt werden, dass der Flächennutzungsplan mit bester planerischer Absicht zustande kam.

Durch die Aufstellung verschiedener Kriterien hatte die Verbandsgemeinde die für Windenergie nutzbare Fläche deutlich reduziert. Diese Kriterien regeln unter anderem den Abstand zu Wohnflächen oder Naturschutzgebieten. Zudem sollte eine Maximalgröße der Windnutzungsfläche von 25 Hektar der "Verspargelung" der Landschaft entgegenwirken. Allerdings führten die Kriterien im Endeffekt dazu, dass von den knapp 10.000 Hektar Gemeindefläche gerade einmal 59 für die Windkraft ausgewiesen wurden.



Was sich zwar noch immer nach stattlicher Fläche anhört, reicht nach Angaben der klagenden Unternehmen Abo Wind und Juwi gerade einmal für zwei Windräder. Denn die ausgewiesene Fläche sei für Windkraft kaum geeignet, besitze die zweitschlechteste Windhäufigkeit. Dort Windräder aufzustellen, "wäre wirtschaftlicher Selbstmord".

Doch genau diese Kriterien bemängelten auch die Leipziger Richter. Eine generelle Pufferzone von 1000 Metern zu Siedlungsgebieten sei rechtlich zwar statthaft, im Fall der Verbandsgemeinde Kaisersesch aber "viel zu schematisch". Der Rechtsanwalt der Verbandsgemeinde versuchte zwar, auf die derzeit 13 vorhandenen Windräder hinzuweisen, die auf anderen Flächen in der Verbandsgemeinde rotieren. Doch für diese hatte die VG nur Bestandschutz eingeräumt.

Eine Modernisierung durch leistungsstärkere Anlagen, das sogenannte Repowering, war ausgeschlossen. Beim Flächennutzungsplan hätte die VG verschiedene Kriterien wie Landschaftsschutzgebiete oder Tourismus stärker berücksichtigen müssen. Außerdem fehlte dem Gericht eine Prüfung, ob sich die ausgewiesene Fläche überhaupt für Windkraft eigne. Hier müsse etwa auch auf den Radar-Einzugsbereich des nahen Jagdbombergeschwaders in Büchel Rücksicht genommen werden.

"Hier liegt eine Planung vor, die so nicht gehen kann", so das Fazit des Bundesverwaltungsgerichts. Damit gingen die Leipziger Richter noch wohlwollender mit den Kaisersescher Planungen um als ihre Koblenzer Kollegen. Diesen hatte der Flächennutzungsplan den Eindruck vermittelt, dass ein schlüssiges Konzept fehle. Die Verbandsgemeinde versuchte zwar, das Gericht dazu zu bewegen, konkrete Vorgaben aufzustellen, nach denen ein Flächennutzungsplan rechtmäßig ist. Doch dem Wunsch kamen die Leipziger Richter nicht nach. "Der vorliegende Fall ist einfach nicht geeignet", um solche Mindestwerte aufzustellen. Unverzichtbar sei allerdings eine nachvollziehbare Begründung für die aufgestellten Kriterien.

Auch die Windenergieunternehmen forderten vom Gericht eine Mindestgrenze für Windenergieflächen. Schließlich würden sich einige Gemeinden gerade in Süddeutschland unrechtmäßig gegen die Windkraft wehren. Die Flächennutzungspläne würden oft so gestaltet, dass gar keine Nutzungsflächen für Windenergie übrigbleiben. Allein eine klare juristische Vorgabe könnte in Deutschland bis zu 40.000 Megawatt zusätzlicher Leistung aus Windenergie ermöglichen.

Als politisch brisant könnte sich in der VG noch herausstellen, dass die Unternehmen Abo Wind und Juwi bereits auf verschiedenen Gemarkungen wie etwa Landkern Genehmigungen für Windräder besitzen. Wie das denn im neuen Flächennutzungsplan berücksichtigt werden soll, fragten deshalb die VG-Vertreter. Eine Antwort darauf gab der Vorsitzende Richter zwar nicht, konnte sich aber "lebhaft vorstellen, dass sie da ein kommunalpolitisches Problem haben".

Rhein-Zeitung vom 26.1.08



Klimaschutz in kleinen Schritten

Bei der Weltklimakonferenz auf Bali kamen die Teilnehmer ins Schwitzen. Eine Einigung hing bis zuletzt am seidenen Faden. Als die völlig isoliert dastehenden USA schließlich einlenkten, gelang doch noch der Kompromiss.

Zuletzt ging es fast drei Tage und Nächte lang nonstop. Übermüdete Minister hetzten bei der Weltklimakonferenz auf Bali in Sitzungen und steckten die Köpfe zusammen. Das Klima erhitzte sich. Nach 13 Tagen Marathon-Verhandlungen hing eine Einigung bis zur letzten Minute am seidenen Faden. Da lenkte in einer an Dramatik kaum mehr zu überbietenden Schlusssitzung die jetzt völlig isolierte US-Delegationsleiterin Paula Dobriansky doch noch ein: "Wir werden uns nach vorn bewegen und an dem Konsens beteiligen." Das war die Einigung. Jubel im Plenarsaal: Das Bali-Mandat stand.

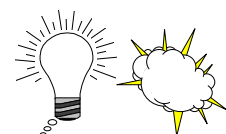
Die meisten Delegationen feierten die Einigung im tropischen Konferenzort Nusa Dua als Erfolg. Es stand viel auf dem Spiel, die Augen der Welt waren auf die rund 11.000 Konferenzteilnehmer gerichtet. Im Kampf gegen den Klimakollaps wurde ein Verhandlungskollaps gerade noch einmal abgewendet. "Alle drei Punkte, die ich im Ergebnis wollte, sind da: der Start von Verhandlungen, eine Tagesordnung und ein Enddatum", sagte der Chef des UN-Klimasekretariats, Yvo de Boer, zufrieden.

Offiziell heißt die Übereinkunft unter UN-Dach Bali-Aktionsplan. Sie besteht in einem Auftrag für weitere Verhandlungen, die innerhalb von zwei Jahren zu einem neuen Weltklima-Abkommen führen sollen. "Die richtige Arbeit beginnt erst jetzt", sagte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD).

Die EU zeigte sich zufrieden. Die USA nahmen das Ergebnis zähneknirschend an. Zurückhaltend fiel die Reaktion der Entwicklungs- und Schwellenländer aus, ohne deren Kompromissbereitschaft die Einigung nicht zustande gekommen wäre. Gabriel hatte zu Beginn der Verhandlungen hohe Ziele gesteckt, "um Druck aufzubauen", und musste zugeben, dass "weniger herausgekommen ist als gewünscht".

Der Aktionsplan benennt keine Zielmarken für eine Minderung von Treibhausgasen. Er enthält nur Hinweise, wie sie aussehen sollten - mehr war mit den USA nicht zu machen. So ist von "tiefen Einschnitten" und "national angemessenen Zusagen oder Aktionen" die Rede. Ansonsten wurde in einer Fußnote auf den wissenschaftlichen Weltklimareport verwiesen.

Ein Meilenstein im internationalen Klimaschutz ist die erstmalige Einbeziehung der Entwicklungs- und Schwellenländer wie China und Indien. Kein Land steht mehr im Abseits. Die Position der Entwicklungsländer, dass die reichen Länder allein vorangehen müssten, gilt nicht mehr.



Erstmals aufgenommen wurde das Problem der Tropenwaldzerstörung. Dadurch entsteht ein Fünftel der weltweiten Treibhausgase. Wenn Länder mit Tropenwäldern das Abholzen stoppen., soll dies künftig als Beitrag zum Klimaschutz anerkannt und durch finanzielle Anreize gefördert werden. Im Kyoto-Protokoll waren Tropenwälder als Kohlenstoffspeicher nicht berücksichtigt.

Die in zwei aufeinanderfolgenden Nachtsitzungen mühsam erarbeiteten Kompromisse drohten in den Schlussstunden noch einmal zu zerfallen. Dobriansky setzte auf volles Risiko und torpedierte einen in letzter Minute eingebrachten indischen Änderungswunsch am Schlussdokument. Doch sie pokerte zu hoch. Keiner folgte ihr - die sonstigen Verbündeten wie Kanada oder Australien schwiegen, die Japaner blieben vage. Der Delegierte aus Papua-Neuguinea stellte die Amerikaner an die Wand. "Wenn ihr nicht führen wollt, geht aus dem Weg." Schließlich standen die USA völlig isoliert da - und gaben auf.

Gabriel hatte sich in den intensiven Verhandlungstagen zu einem Darling der Weltpresse gemausert. Offen, gesprächsbereit, auf Englisch und Deutsch stets mit ein paar treffsicheren Einschätzungen dabei - das gefällt den Reportern aus aller Welt, die ansonsten oft frustriert hinter ihren eigenen Ministern herjagen. Trotz unerträglich schwüler Hitze war Gabriel stets korrekt gekleidet unterwegs - die Schweißperlen auf der Stirn wischte er einfach weg.

Die Grundzüge des Mandats von Bali

Die UN-Konferenz auf Bali hat das Verhandlungsmandat für ein neues globales Klimaabkommen beschlossen. Ein Überblick über die Grundzüge des Mandats:

- Der Vertrag soll 2009 auf der Klimakonferenz in Kopenhagen abgeschlossen und in den Folgejahren ratifiziert werden. Das Abkommen soll dann das Kyoto-Protokoll ablösen, das 2012 ausläuft. Die USA wollen sich an dem neuen Abkommen beteiligen. Neben dem Klimaschutz nennt das Mandat auch die Armutbekämpfung als vorrangige Aufgabe.
- Auf Druck der USA wurde auf die Nennung von Emissionszielen im Mandatstext verzichtet. Enthalten ist ein Verweis auf die Erkenntnisse des Weltklimarats (IPCC). Es wird anerkannt, dass eine starke Senkung der globalen Emissionen erforderlich ist, um dem Klimawandel entgegenwirken zu können. In einer Fußnote wird auf entsprechende Stellen im vierten IPCC-Bericht verwiesen.
- Die Industrieländer werden zu mess- und überprüfbaren Verpflichtungen und Maßnahmen aufgefordert, um den CO₂-Ausstoß zu verringern. Dabei soll die Vergleichbarkeit unter den Industriestaaten beachtet werden. Auch die Entwicklungsländer werden zu Maßnahmen gegen den Klimawandel aufgefordert. Sie sollen dabei von den Industriestaaten in überprüfbarer Weise technisch, finanziell und durch Ausbildung unterstützt werden.



- Das Roden oder die Zerstörung von Wäldern soll wegen des Beitrages zum Treibhauseffekt zugunsten der Bewahrung von Wäldern oder nachhaltiger Forstwirtschaft verringert werden.
- Durch internationale Zusammenarbeit soll für besonders betroffene Staaten die Bewältigung von Folgen der Erderwärmung erleichtert werden. Dies gilt besonders für sehr arme Länder und für kleine Inselstaaten sowie für Regionen in Afrika, die von Dürre betroffen sind.
- Es wird beschlossen, einen Verhandlungsprozess einzuleiten, um die Ziele der UN-Klimarahmenkonvention auch nach 2012 umzusetzen. Der Verhandlungsprozess für das neue Abkommen soll von einer Arbeitsgruppe koordiniert werden, die spätestens im April 2008 ihre Arbeit aufnimmt. Für das Arbeitsprogramm sollen dem UN-Klimasekretariat bis zum 22. Februar Vorschläge eingereicht werden.

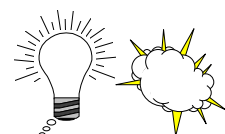
Rhein-Zeitung vom 17.12.07

Junge Menschen für mehr Klimaschutz gewinnen

Am nächsten Montag beginnt in Bali die entscheidende Konferenz für eine konsequente Klimaschutzpolitik und ein Nachfolgeabkommen für Kyoto. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. fordert deshalb die Landesregierung auf, mehr für den Klimaschutz in Rheinland-Pfalz zu tun. Noch vor zwei Wochen hatte das Land bei einer vergleichenden Studie der Zeitschrift GEO den letzten Platz unter den Bundesländern belegt.

„Es ist dringend notwendig, dass auch Rheinland-Pfalz mehr gegen den Ausstoß der Klimakiller tut. Wir erwarten, dass die Landesregierung den Neubau von Kohlekraftwerken, die den CO₂-Ausstoß drastisch erhöhen würden, ablehnt. Wir sehen auch dringenden Handlungsbedarf beim Tempolimit und bei der weiteren Förderung der erneuerbaren Energien. Rheinland-Pfalz könnte bis zum Jahr 2050 beim Strom völlig aus erneuerbaren Energien versorgt werden, wenn die Förderung konsequent stattfinden würde“, stellt Landesvorsitzender Dr. Bernhard Braun fest.

Der BUND wird in Sachen Klimaschutz weiter in die Offensive gehen. Mit einem Projekt der BUNDjugend, das gemeinsam mit der LandesschülerInnenvertretung (LSV) auf den Weg gebracht wird, sollen auch junge Menschen für mehr Engagement im Klimaschutz gewonnen werden. „Gerade die junge Generation wird mit den Folgen des Klimawandels zu kämpfen haben. Deswegen muss das Thema so früh wie nur möglich in der Schule behandelt werden. SchülerInnen brauchen eine politische Lobby, um ihre Positionen kompetent vertreten zu können. Die LSV und die BUNDjugend geben ihnen durch das Klimaschutzprojekt eine Stimme“, erklärt Maximilian Pichl, der Koordinator dieses Projektes, das auch von der Landeszentrale für Umweltaufklärung unterstützt wird.



In diesem Zusammenhang planen wir für das nächste Jahr vor allem im Jugendbereich einige Großprojekte. So wird vom 30.05. bis 01.06.2008 ein Jugendumweltkongress im Raum Mainz stattfinden. Ein Wochenende lang sollen sich Jugendliche aus ganz Rheinland-Pfalz treffen und eigene Positionen zum Klimaschutz entwickeln. „Was wir brauchen ist eine neue, aktive Jugendumweltbewegung!“, fordert Maximilian Pichl.

Praktischen Klimaschutz leistet der BUND durch das Projekt „Bürgersolardächer“. „Wir bringen diejenigen, die freie Dachflächen haben, mit denen zusammen, die gerne in Solaranlagen investieren wollen,“ beschreibt BUND-Vorstandsmitglied Holger Gretzschel die Idee. Inzwischen wurden schon in verschiedenen Landesteilen sieben Solar-dächer nach diesem Finanzierungsmodell errichtet. In Summe sind dies rund 220 kWp, bzw. 1 Mio. EUR mit 93 Bürgerinnen und Bürgern. Dies ergibt 198.000 kWh jährlich. Der BUND sucht weitere Dachflächen für Solaranlagen. „Besonders geeignet ist unsere Idee für Schulen und Kirchengemeinden. So können wir auch viele Leute mit der guten Idee erreichen und zur Nachahmung anregen.“

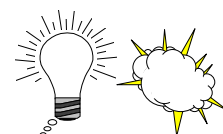
Der BUND ruft auf, zum weltweiten Aktionstag für den Klimaschutz am 8. Dezember 2007 aktiv zu werden und an einer der beiden großen Demonstrationen in Berlin und Neurath teilzunehmen. In Rheinland-Pfalz wird sich der BUND unter anderem an einer Aktion verschiedener kirchlicher und Umweltgruppen in Speyer beteiligen.

Als besonders kontraproduktiv erscheint das geplante Steinkohlekraftwerk in Mainz. Hier werden auf viele Jahrzehnte Strukturen betoniert, die gegen alle Bemühungen im Klimaschutz laufen. Zudem wird eine zukunftsfähige Energieversorgung mit erneuerbaren Energien behindert. „Das Kraftwerk droht aufgrund wohl weiter steigender Preise für Kohle und Emissionszertifikate eine Investitionsruine zu werden“ so Michael Ullrich, Fachreferent Umweltschutz. Immer wieder gehörte Ankündigungen einer geplanten teuren CO₂-Abscheidung sind wertlose Willensäußerungen. Wirtschaftlich wären diese nicht tragbar.

Nicht besonders ehrgeizig

Der regierungsamtliche Jubel, das Klimapaket der Großen Koalition sei "historisch", gar "weltweit einzigartig", ist grotesk überzogen. Gemessen an anderen Staaten geht Deutschland zwar voran. Gemessen an dem, was hierzulande schon heute leistbar wäre, sind die beschlossenen Gesetze eher ängstlich.

Das fängt schon bei den Zielvorgaben an. Man verkündet, das neue Klimaprogramm bringe bis 2020 eine CO₂-Minderung um 40 Prozent im Vergleich zu 1990. Tatsächlich sind fast 19 Prozentpunkte davon bereits erreicht, vor allem durch den Zusammenbruch der DDR-Industrie und durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz der alten Bundesregierung. Fünf Prozentpunkte der angepeilten künftigen Reduktion stehen noch in den Sternen europäischer Beschlüsse. Das Klimaprogramm soll also nur rund 16 Prozentpunkte bringen. Nicht mehr.



Weniger eventuell schon. Denn im Wesentlichen setzt die Koalition auf Freiwilligkeit. Auf die Kräfte des Marktes und die Anreize der staatlichen Förderung. Wäre konsequenter Klimaschutz das Hauptmotiv, dann würde die Regierung sich und den Bürgern nicht so viel Zeit lassen bei der Umstellung von einem fossilen auf einen weitgehend CO₂-neutralen Energieverbrauch. Schon die europäischen Vorgaben für die Automobilindustrie wurden auf deutschen Druck hin entschärft. Im jetzt beschlossenen nationalen Klimaprogramm wird der gesamte aktuelle Gebäudebestand von Vorschriften zum Einsatz erneuerbarer Energie bei einer Sanierung ausgenommen. Nur für Neubauten gilt künftig das, was technologisch Standard ist. Doch welcher Bauherr setzt heute noch auf Öl oder Gas und nicht auf erneuerbare Energien und gute Dämmung?

Wirtschaft und Privathaushalten keine Zumutungen auferlegen, auch manchem Lobbygeschrei folgen, das war bei diesem Paket oftmals wichtiger. Deshalb greift es klimapolitisch zu kurz. Aber auch ökonomisch. Weil es kaum Druck erzeugt, fördert es gesellschaftlich die Haltung des Abwartens und verlängert so die Umbauzeit. Da man davon ausgehen muss, dass die fossilen Energievorräte bald zu Ende gehen, also die umfassende energetische Sanierung sowieso geschehen muss, hätte mehr Beschleunigung, auch mit den Mitteln des Ordnungsrechts, dem Land ökonomisch mittelfristig größere Vorteile gebracht.

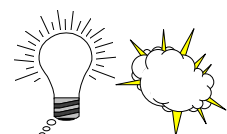
Es gibt einen Trost: Derzeit sorgen die Ölmultis und die deutschen Stromkonzerne mit ihrer Preispolitik dafür, dass der Energiesparwille im Volk schneller wächst als die Regierung mit ihren Klimapaketen nachkommt. Wenigstens steht dafür nun genug Fördergeld zur Verfügung.

<http://www.volksfreund.de/nachrichten/meinung/art810,1571203>

100 % Naturstrom möglich

Verbraucher, denen eine atomstrom- und kohlendioxidfreie Stromversorgung am Herzen liegt, haben in Rheinland-Pfalz Alternativen. Eine Reihe von Stadt- und Gemeindewerken bieten Strom aus Wind, Wasser, Biomasse und Sonne an. Hier lohnt eine Nachfrage beim zuständigen Stromversorger – auch um eventuell Druck zu erzeugen, dass atom- und CO₂-freier Strom angeboten wird.

Stadt- und Gemeindewerke aus der Pfalz schnitten bei einem Test des BUND Rheinland-Pfalz beim Anteil der Atomenergie am gesamten abgegebenen Strom am schlechtesten ab. Bei den Stadtwerken Wachenheim sowie den Gemeindewerken Hettenleidelheim und dem EVU Wattenheim ist der Anteil an Atomstrom mit jeweils 52 Prozent am höchsten. Nicht viel kleiner ist der Anteil von Strom aus Kernspaltung bei den Gemeindewerken Budenheim (46 %) und der Rhein Hessischen Energie- und Wasserversorgungs-GmbH (41 %). Der durchschnittliche Anteil in der gesamten Bundesrepublik liegt mit etwa 29 Prozent nur gut halb so hoch wie in den Pfälzer Gemeinden.



Diese Erkenntnisse gewann der Arbeitskreis Energie des BUND in einer landesweiten Untersuchung im Verlauf der letzten Monate. Telefonisch oder im Internet wurden die entsprechenden Daten, deren Angabe seit einiger Zeit Vorschrift ist abgefragt. Alle Daten der einzelnen Versorger sind auf www.bund-rlp.de einzusehen.

Den höchsten Anteil fossiler Brennstoffe von den rheinland-pfälzischen Anbietern haben die Stadtwerke Pirmasens mit 71%. Sie müssen damit als anteilig größter Verursacher des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂) angesehen werden. Allerdings liegt der bundesdeutsche Durchschnitt mit 60% auch sehr hoch.

Ein Wechsel des Stromversorgers wäre für umweltbewusste Verbraucher die logische Konsequenz. Dies ist nicht nur relativ einfach möglich, sondern auch – wenn beim eigenen Lieferanten ein solches Angebot nicht besteht – bei bundesweiten Anbietern machbar. Hier empfehlen sich beispielsweise die Naturstrom AG in Düsseldorf, Lichtblick oder Greenpeace-energy in Hamburg sowie die Elektrizitätswerke Schönau. Empfehlenswert ist der Besuch der Homepage www.atomausstieg-selber-machen.de.

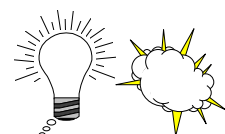
BUND-PM vom 19. Dezember 2007

Gazprom lässt BASF an Erdgas in Sibirien

Nach 17 Jahren erfolgreicher Zusammenarbeit zwischen der Moskauer Gazprom und der Ludwigshafener BASF, die auch während politischer Spannungen zwischen Russland und Deutschland funktionierte, lässt der russische Gasriese den weltgrößten Chemiekonzern jetzt als erstes deutsches Unternehmen an die riesigen Gasreserven in Sibirien. Gestern starteten beide Unternehmen die Förderung am Erdgasfeld Juschno Russkoje. Das Erdgaslager in Westsibirien verfügt über förderbare Reserven von gut 600 Milliarden Kubikmeter Erdgas. Der Gasbedarf Deutschlands liegt bei 100 Milliarden Kubikmetern im Jahr. Derzeit liefert Gazprom jährlich rund 40 Milliarden Kubikmeter Gas nach Deutschland. Ausgehend von dieser Liefermenge könnte allein das Erdgasfeld Juschno Russkoje die russischen Gasexporte nach Deutschland 15 Jahre lang sicherstellen.

Die BASF ist über ihre Kasseler Öl- und Gastochter Wintershall mit 25 Prozent minus einer Aktien an der Gazprom-Fördergesellschaft Severneftegazprom beteiligt. Der BASF-Anteil am Gewinn aus der Förderung beträgt 35 Prozent.

Der Start der gemeinsamen Gasförderung ist ein Meilenstein in der Zusammenarbeit zwischen BASF und Gazprom, an deren Anfang die Verärgerung des Ludwigshafener Chemiekonzerns über die hohen Preise des früheren Gasmonopolisten Ruhrgas stand. Die BASF, die mit ihrem Stammwerk in Ludwigshafen einer der größten Gasverbraucher Deutschlands ist, entschied Ende 1989, selbst ins Gasverteilungsgeschäft einzusteigen, die Midal-Pipeline von Emden nach Ludwigshafen zu bauen und damit das Monopol der Essener Ruhrgas zu knacken.



Damals war noch nicht klar, von wem das Gas für die neue Pipeline bezogen werden sollte. Als Glücksfall für die BASF erwies sich die damalige politische und wirtschaftliche Öffnung des Ostens nach dem Zerfall der Sowjetunion. Die Gazprom, der größte Erdgaskonzern der Welt, wollte damals aus der Rolle des reinen Gaslieferanten für die Ruhrgas herauswachsen und ins lukrative Erdgasverteilungsgeschäft in Deutschland einsteigen. Nachdem die Russen mit diesem Wunsch bei der Ruhrgas abgeblitzt waren, fanden sie bei der BASF offene Türen. Seit 1990 kooperieren Gazprom und Wintershall über das deutsch-russische Gemeinschaftsunternehmen Wingas im Handel mit Erdgas in Deutschland und anderen Ländern. Sie haben seither rund 3 Milliarden Euro in den Bau von Pipelines und Erdgasspeichern investiert. Der Gazprom-Anteil an Wingas wurde von 35 auf 50 Prozent minus eine Aktie aufgestockt.

Außen vor bei der Gasförderung in Sibirien ist bisher der Gasversorger, über dessen frühere Monopolpreise sich die BASF so geärgert hatte: die Ruhrgas, die als Eon Ruhrgas AG seit 2002 eine 100-prozentige Tochter des Eon-Konzerns ist. Während die BASF bereits im April 2005 ein Abkommen mit Gazprom über die gemeinsame Gasförderung in Sibirien schloss, bemüht sich Eon seit Jahren vergeblich um einen Einstieg. Inzwischen wurde zwar eine Beteiligung von Gazprom an Eon-Kraftwerken in verschiedenen europäischen Ländern vereinbart. Doch Gazprom lässt Eon bisher nicht an die Gasquellen in Westsibirien heran. Ursprünglich wollte Eon die Verhandlungen über den Kauf von 25 Prozent des Gasfeldes schon Ende vergangenen Jahres unter Dach und Fach bringen.

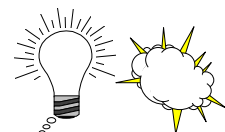
Nach dem gestrigen Start der Gasförderung soll die jährlich in Juschno Russkoje produzierte Menge ab 2009 auf 25 Milliarden Kubikmeter steigen. Das Gas soll später durch die geplante Ostseepipeline Nord Stream, an der die BASF mit 20 Prozent beteiligt ist, nach Deutschland fließen.

Rheinpfalz vom 19.12.07

Rekordwerte trotz gebremsten Wachstums

Die Energiebereitstellung aus Wind, Sonne und Co. hat im Jahr 2007 neue Rekorde erreicht. In keinem anderen Land geht der Ausbau Erneuerbarer Energien so schnell voran, wie in Deutschland. Der Anteil Erneuerbarer Energien am gesamten deutschen Energieverbrauch beträgt mit 219 Milliarden Kilowattstunden inzwischen neun Prozent, der Anteil am Stromverbrauch sogar 14 Prozent. Dies geht aus den heute veröffentlichten Jahreszahlen 2007 des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE) hervor.

Bundesverband Erneuerbare Energie; 08. Januar 2008



Deutschland: Nachfrage nach Windanlagen flaut ab

Die Zahl neuer Windanlagen in Deutschland sinkt. Voriges Jahr wurden 325 Anlagen weniger gebaut, die installierte Leistung schrumpfte um ein Viertel. Der Weltmarkt legte dagegen um fast ein Drittel zu. Die Branche fordert deshalb höhere Einspeisevergütungen als bisher vorgesehen.

Bisher ist Deutschland eines der Vorbilder bei der Nutzung der Windenergie, besonders wegen der kräftigen Förderung. Doch im abgelaufenen Jahr ist das Wachstum deutlich geringer ausgefallen. Es wurden 883 Anlagen mit 1667 Megawatt Leistung errichtet, wie der Bundesverband Windenergie (BWE) gestern mitteilte. Den deutschen Maschinenbauern bescherte das Aufträge im Wert von 1,7 Milliarden Euro, rund 600 Millionen weniger als ein Jahr zuvor.

Weltweit wurden voriges Jahr Windanlagen mit rund 20.000 Megawatt aufgebaut. Besonders in den USA, China und Spanien wächst die Nachfrage enorm. Die Windindustrie setzt bereits 20 Milliarden Euro pro Jahr um. Davon profitieren besonders deutsche Hersteller, deren Umsatz voriges Jahr um fast ein Drittel auf 7,4 Milliarden Euro zulegen konnte. Die Exportquote der deutschen Anlagenbauer liegt inzwischen bei 85 Prozent. Die Branche beschäftigt allein in Deutschland rund 80.000 Menschen.

Mittlerweile gibt es hier zu Lande 19.460 Windanlagen mit mehr als 22.000 Megawatt Leistung. Spitzenreiter ist das Bundesland Niedersachsen, wo fast ein Viertel der Kapazität steht. Der Inlandsmarkt gerät jedoch immer stärker unter Druck, klagt BWE-Präsident Hermann Albers. Denn steigende Rohstoff- und Energiepreise verteuern neue Windanlagen ganz erheblich. Gleichzeitig sinkt aber die gesetzlich festgelegte Vergütung für Windstromerzeuger Jahr für Jahr. Deshalb rechnet man auch dieses Jahr mit weniger Anlagen. Ein Gutachten des Bundesumweltministeriums warnt davor, dass es unter bisherigen Voraussetzungen von 2010 an nur noch wenige deutsche Standorte geben würde, an denen genug Wind weht, dass sich eine Anlage noch lohnt.

Die Branche fordert daher weiterhin Änderungen am Entwurf zur Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes. Albers kritisierte ein "konfuses Durcheinander" bei der Gesetzgebung. Nach seiner Vorstellung sollte die garantierte Vergütung für auf dem Festland erzeugten Windstrom von knapp 8 auf 9,5 Cent je Kilowattstunde steigen.

Für die Erzeuger war 2007 ein gutes Windjahr. Mit fast 40 Milliarden Kilowattstunden erzielte die Branche einen Produktionsrekord und deckt inzwischen 7,2 Prozent des deutschen Stromverbrauchs. Windkraft sei ein entscheidender Baustein, um den von der EU geforderten Anteil erneuerbarer Energien von 18 Prozent am Gesamtverbrauch zu erreichen, betonte Albers.

Rheinpfalz vom 23.1.08



Angst vor Eis

Aus Angst vor Eiswurf hat die Kreisverwaltung Altenkirchen den Betrieb der Windkraftanlagen in Gebhardshain bei einer Temperatur von drei Grad Celsius und kälter ab sofort untersagt. Bei Missachtung drohen Geldstrafen. Zusätzlich fordert die Verwaltung von den Betreibern ein neues Gutachten über den Wirkungsgrad der auf den Anlagen installierten Eis-Sensoren. Ende 2007 hatten Bürger in dem Windpark einen Eisfund gemeldet. Während die Gegner der Anlagen erfreut auf die Mitteilung des Kreises reagierten, kündigten die Betreiber rechtliche Schritte an.

Rhein-Zeitung vom 26.1.08

Rheinland-Pfalz fällt bei Klimaschutztest durch

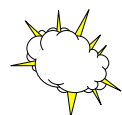
Bei einem bundesweiten Klimaschutztest hat Rheinland-Pfalz den letzten Platz belegt. Eine von der Zeitschrift "Geo" in Auftrag gegebene Studie hatte die Leistungen aller 16 Bundesländer in diesem Bereich verglichen. Dabei fiel Rheinland-Pfalz durch. Der Landesvorsitzende des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Dr. Bernhard Braun, erklärt dazu: „Rheinland-Pfalz wurde die Rote Karte gezeigt. Jetzt müssen endlich durchgreifende Maßnahmen bei der Begrenzung des Verkehrsaufkommens, in der Gebäudedämmung und der Weiterentwicklung der Kraft-Wärme-Kopplung ergriffen werden.“

Rheinland-Pfalz schnitt bei dem Test so schlecht ab, weil wegen der besonders hohen Autodichte im Land besonders viel Kraftstoff verbraucht wird. Auch beim Einsatz moderner Kraft-Wärme-Kopplung und bei der Gebäudedämmung ist Rheinland-Pfalz bundesweit das Schlusslicht.

Der BUND fordert von der Landesregierung endlich die Jahrzehnte alten Dinosaurierprojekte der rheinland-pfälzischen Verkehrspolitik (Lückenschluss der transeuropäischen Autobahn-Achsen) aufzugeben. Diese Großprojekte stehen in Konkurrenz zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Nachhaltige Verkehrskonzepte sind zum Scheitern verurteilt, wenn weiterhin der motorisierte Individualverkehr durch den überdimensionierten Straßenbau begünstigt wird. Außerdem können Investitionsmittel für den Verkehrsbereich immer nur einmal ausgegeben werden. Der ÖPNV muss für die gesamte Bevölkerung, insbesondere für Schüler, Jugendliche, Familien, Alte und Behinderte zu einer vollwertigen Alternative zum motorisierten Individualverkehr werden.

In einem Brief an Ministerpräsident Beck und Verkehrsminister Hering fordert der BUND Rheinland-Pfalz die Einführung eines Tempolimits, um damit für mehr Verkehrssicherheit und geringere Kohlendioxidemissionen zu sorgen.

BUND-PM vom 16. November 2007



Hessen: Atomanteil unter 60%, Ökostrom-Import

Der Arbeitskreis Energie im BUND Hessen hat 2007 erstmals die hessischen Energieversorgungsunternehmen (EVU) zur Stromkennzeichnung befragt, also zum Strommix und zu den Umweltauswirkungen des verkauften Stroms.

Klar bestätigt habe die Umfrage, dass Hessens Energieversorger deutlich weniger Atomstrom verkaufen als den von der Landesregierung oft genannten Anteil in Höhe von ca. 60%, den das AKW Biblis produzieren soll. Ebenso sei deutlich geworden, dass hessische EVU Ökostrom importieren müssen, um die Nachfrage ihrer Kunden nach regenerativ erzeugtem Strom bedienen zu können.

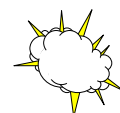
Die Angaben zu den Umweltauswirkungen des Atomstroms im Rahmen der Stromkennzeichnung bewertet der BUND Hessen als verharmlosend und intransparent. Der Umweltverband fordert eine allgemein verständliche Veranschaulichung des Gefährdungspotenzials der radioaktiven Abfälle anstelle der Angabe, wie viel Atom Müll pro kWh Stromerzeugung entsteht.

Im bundesdeutschen Durchschnitt werden für das Jahr 2005 514 g CO₂ und 0,0008 g radioaktiver Abfall pro erzeugter kWh Strom angegeben. Die Angabe der Menge an erzeugtem Atom Müll in derselben Massen-Einheit wie die Angabe des erzeugten CO₂, nämlich in g/kWh, lässt den Eindruck entstehen, dass diese minimalen atomaren Abfallmengen für Umwelt und Gesundheit belanglos seien.

Prof. Hans Ackermann, Leiter des Landesarbeitskreises Energie: "Es ist generell irreführend, radioaktive Abfälle in Masseneinheiten analog den CO₂-Emissionen aufzuführen. Bei radioaktiven Substanzen sind nicht irgendwelche Umweltauswirkungen das Kernproblem, sondern vielmehr die durch potenzielle Freisetzung von Radioaktivität riskierten Gesundheitsschäden. Deren mögliches Ausmaß erschließt sich dem Bürger jedoch nicht aus einer Massenangabe, denn jede noch so kleine Menge freigesetzte Radioaktivität kann eine Krebserkrankung hervorrufen."

Eine Betrachtung, mit welcher Wassermenge der radioaktive Abfall verdünnt werden muss, um die Trinkwasser-Grenzwerte zu unterschreiten, würde veranschaulichen, welche extremen Anforderungen an ein Atom Müll-Endlager gegen Leckagen über Zehntausende von Jahren oder auch gegen ein Verseuchungsrisiko durch Freisetzungen aus Reaktoren, Lagern und Wiederaufarbeitungsanlagen im Normalbetrieb und bei Unfällen zu stellen sind.

Nach Abschätzungen des BUND sind für die bei der Erzeugung von nur einer Kilowattstunde Atomstrom anfallenden Abfälle nach 100 Jahren Abklingzeit noch etwa 80 m³ Wasser erforderlich, um die Grenzwerte der radioaktiven Belastung im Trinkwasser einzuhalten.



Prof. Ackermann: "In einem Reaktorblock der 1000 Megawatt-Klasse (Biblis Block A hat eine elektrische Bruttoleistung von 1225 Megawatt) entsteht im Normalbetrieb jährlich eine Abfallmenge von ca. 30 Tonnen abgebrannter Brennelemente. Nach 100 Jahren Abklingzeit sind noch etwa 1000 Kubikmeter Wasser erforderlich, um diese Menge Abfälle soweit zu verdünnen, dass die Trinkwasser-Grenzwerte unterschritten werden. Die globale Gesamt-Wassermenge aller Flüsse auf der Erde beträgt etwa 2000 Kubikkilometer."

Beim Strommix der hessischen EVU sei bemerkenswert, dass der verkaufte Anteil erneuerbarer Energien mit im Mittel fast 17% deutlich höher liege als der Bundesdurchschnitt von 11%. Da Hessen im Referenzjahr 2005 seinen Strom nur zu 4,6 % aus erneuerbaren Energien erzeugte, werde deutlich, dass die hessischen EVU wesentlich mehr Ökostrom aus anderen Bundesländern importieren mussten als sie selbst herstellen konnten.

Der Anteil Atomstrom bei den von den hessischen EVU gelieferten Strommix liege zwar über dem Bundesschnitt von 29%, jedoch werde der von der Landesregierung immer wieder zitierte Anteil von 60% deutlich verfehlt.

Guido Carl, Energiereferent des BUND Hessen, stellt fest: "Da der vom AKW Biblis produzierte, in Hessen aber nicht abgenommene Atomstrom exportiert wird, muss Hessen weit weniger von Atomstrom abhängig sein, als die Landesregierung glauben machen will."

Von den 51 hessischen EVU mit Stromvertrieb haben 44 Angaben zur Stromkennzeichnung gemacht. Für den Strommix haben die EVU die prozentualen Anteile an der Gesamt-Stromerzeugung für die Kategorien fossile Energien, erneuerbare Energien und Kernkraft angegeben, zumeist für das Jahr 2005.

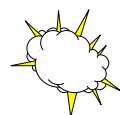
Die detaillierten Ergebnisse der Befragung sind von der Landesgeschäftsstelle des BUND Hessen zu erhalten. Bitte wenden Sie sich an Frau Eltze, Telefon 069 67737610, e-Mail margarete.eltze@bund.net. Außerdem sind die Ergebnisse auch im Internet unter www.bund-hessen.de verfügbar.

Rückfragen: Michael Rothkegel, Geschäftsführer BUND Landesverband Hessen e.V.
Telefon: 069/67737612 (Durchwahl); PM BUND-Hessen vom 30. 11. 2007

Umbau zu Atom-Endlager

Der Umbau des früheren Eisenbergwerks Schacht Konrad in Salzgitter zum Endlager für Atommüll kann beginnen. Laut Genehmigungsbescheid können in dem Endlager bis zu 303.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktive Abfälle eingelagert werden.

Rhein-Zeitung vom 18.1.08



Leukämie-Studie zu AKWs stößt auf Skepsis

Eine Studie zu Krebs-Fällen bei Kindern im Umfeld von Kernkraftwerken hat die Debatte über Gefahren der Atomenergie neu in Gang gebracht. Kleinkinder, die im Fünf-Kilometer-Umkreis von Atommeilern aufwachsen, haben anscheinend ein deutlich höheres Blutkrebs-Risiko.

Eine Studie zu Krebs-Fällen bei Kindern im Umfeld von Kernkraftwerken hat die Debatte über Gefahren der Atomenergie neu in Gang gebracht. Kleinkinder, die im Fünf-Kilometer-Umkreis von Atommeilern aufwachsen, haben anscheinend ein deutlich höheres Blutkrebs-Risiko.

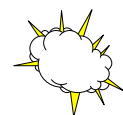
Das ergab eine Langzeituntersuchung des Deutschen Kinderkrebsregisters im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS). Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) kündigte eine genaue Prüfung der Studie durch die Strahlenschutzkommission (SSK) an.

Danach werde über das weitere Vorgehen entschieden. Nach wissenschaftlichem Kenntnisstand könne der beobachtete Anstieg nicht mit der Strahlenbelastung aus einem Atomkraftwerk erklärt werden, sagte Gabriel und gab damit auch die Einschätzung des BfS wieder. Nach Worten des Ministers müsste die Strahlenbelastung der Bevölkerung durch den Betrieb der Atomkraftwerke in Deutschland um mindestens das Tausendfache höher sein, um den beobachteten Anstieg des Krebsrisikos erklären zu können. Grüne, Linke, Greenpeace und die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW, die die Studie mitinitiiert hatte, forderten Konsequenzen.

Laut Studie nimmt die Häufigkeit von Krebserkrankungen bei Kindern unter fünf Jahren mit der Nähe zum Reaktorstandort zu. Im Umkreis von fünf Kilometern um die 16 deutschen Kernkraftwerke wurde für den Untersuchungszeitraum von 1980 bis 2003 ermittelt, dass 77 Kinder an Krebs, davon 37 an Leukämie (Blutkrebs) erkrankt sind. Im statistischen Durchschnitt wären nach Darstellung der Wissenschaftler 48 Krebs- beziehungsweise 17 Leukämiefälle zu erwarten gewesen. Nach der Studie treten somit zusätzlich 1,2 Krebs- beziehungsweise 0,8 Leukämiefälle pro Jahr in der näheren Umgebung aller 16 Standorte auf.

Dem Ministerium zufolge gibt die Studie ausschließlich den statistischen Zusammenhang der Entfernung des Wohnorts vom Standort des Atomkraftwerks wieder. Zu den Ursachen der erhöhten Krebsraten enthalte sie keine Aussagen. Das BfS erklärte, das Ergebnis könne «nicht plausibel mit den tatsächlichen Ableitungen aus den Reaktoren erklärt werden». Allerdings könnten auch andere mögliche Risikofaktoren, die im Zusammenhang mit Leukämie bei Kindern in Betracht zu ziehen seien, «den entfernungsabhängigen Risikoanstieg derzeit nicht erklären».

Die Untersuchung wurde von der Mainzer Professorin Maria Blettner geleitet. Sie umfasste 1592 an Krebs erkrankte Kinder und 4735 nicht erkrankte Kinder als Kontrollgruppe. Die neue Studie ist die letzte von drei Untersuchungen des Kinderkrebsregisters.



Grünen-Chef Reinhard Bütikofer forderte die beschleunigte Abschaltung der ältesten Atomkraftwerke. Es seien zwar noch nicht alle Fragen beantwortet, dennoch handele völlig verantwortungslos, wer für einen längeren Betrieb von Atomkraftwerken oder gar den Neubau eintrete. Der Vize-Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Werner Dreibus, sagte: «Diese Studie muss Alarm auslösen und kann nicht ernst genug genommen werden.» Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) verlangte mehr Tempo beim Atomausstieg. Die Umweltorganisation Greenpeace forderte eine schnelle Überprüfung. Schon jetzt sei aber klar: «Niemand kann Entwarnung geben zu den Risiken von Atomkraftwerken.»

Der niedersächsische SPD-Fraktionschef Wolfgang Jüttner verlangte: «Kommt eine Studie zu dem Ergebnis, dass Atomkraftwerke aufgrund ihrer Strahlung gesundheitsschädlich sind, müssen alle Atommeiler in Deutschland sofort abgeschaltet werden.» Der frühere Landesumweltminister verwies im Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur dpa auch auf die rätselhaften Leukämie-Fälle in der Elbmarsch in der Umgebung des Atomkraftwerks Krümmel und des Forschungskernreaktors in Geesthacht in Schleswig-Holstein.

Zurückhaltend äußerte sich die Unions-Fraktionsvize Katherina Reiche. Man werde sich die Studie genau ansehen müssen, sagte sie der «Tagesschau». Sie äußerte jedoch auch den Eindruck, dass die Studie Antipathien gegen Kernkraft schüren solle. Vor dem Anheizen einer irrationalen Debatte über die Kernenergie warnte die Sprecherin für Reaktorsicherheit der FDP-Bundestagsfraktion, Angelika Brunkhorst.

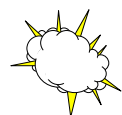
<http://www.volksfreund.de/nachrichten/politik/brennpunkte/art64,1574060>, 10.12.07

Krebsstudie ohne Folge

Die Bundesregierung sieht wegen der im Dezember veröffentlichten Mainzer Leukämie-Studie im Umfeld von Atomreaktoren keinen Grund, die Strahlenschutz-Grenzwerte zu senken. Das ist der Kern der Antwort des Umweltministeriums auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion.

Der in der Studie festgestellte Anstieg von Krebserkrankungen bei Kindern könne "nach derzeitigem wissenschaftlichen Kenntnisstand nicht kausal durch die Strahlenbelastung aus einem Atomkraftwerk erklärt werden", heißt es.

In der Studie im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz hatte das Mainzer Kinderregister festgestellt, dass zwischen 1980 und 2003 für unter Fünfjährige im Fünf-Kilometer-Umkreis der 16 deutschen Reaktoren das Krebsrisiko fast doppelt so hoch war wie im Bundesdurchschnitt: So erkrankten 77 Kleinkinder, während es statistisch nur 48 Fälle hätten sein dürfen.



Laut dem Umweltministerium liegt die Strahlenbelastung außerhalb der Kernkraftwerke aber "um mehr als den Faktor 100" unterhalb der Grenzwerte. Dies werde permanent kontrolliert. Es müsse eine tausendfach höhere Strahlendosis vorliegen, um die Erkrankungszahlen herleiten zu können. "Zurzeit gibt es keine plausible Erklärung für die Befunde der Studie", so die Regierung.

Rhein-Zeitung vom 25.1.08

Atomkraft soll schwindende Gasvorräte ersetzen

Im Gegensatz zu Deutschland setzt Großbritannien beim Klimaschutz auf die Atomkraft. Die Labour-Regierung gab gestern grünes Licht für eine neue Generation von Kernkraftwerken, die auf Jahrzehnte hinaus die Energieversorgung und die geplante Reduzierung der Treibhausgase sicherstellen soll. Die neuen Meiler sollen in zehn bis 15 Jahren in Betrieb gehen.

Wie Wirtschaftsminister John Hutton vor dem Unterhaus erklärte, liege es "im vitalen langfristigen nationalen Interesse des Landes", dass "Atomkraft eine Rolle darin spielen soll, für Großbritannien saubere, sichere und erschwingliche Energie bereitzustellen". Die Gründe für den Bau neuer Atommeiler seien "angesichts der Herausforderungen durch Klimawandel und Sicherheit der Energieversorgung überwältigend".

Zur Zeit verfügt Großbritannien über zwölf Atomkraftwerke, die rund 20 Prozent der Elektrizitätsversorgung bereitstellen. Die meisten Meiler stammen aus den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts und müssen demnächst ausgemustert werden, so dass bis zum Jahre 2023 nur noch ein einziges Kernkraftwerk am Netz sein wird.

Mit Öl und Gas kann sich das Land noch zum Teil aus eigener Produktion versorgen. Doch die britischen Reserven in der Nordsee werden immer geringer, so dass man im Jahre 2025 wohl bis zu 90 Prozent des Bedarfs importieren muss. Wegen der langen Vorlaufzeiten für den Bau neuer Meiler, so die Regierung, müsse man eine Entscheidung daher jetzt treffen.

Zugleich veröffentlichte Hutton mit einem Weißbuch zur Atomenergie ein neues Gesetz über die langfristige strategische Ausrichtung der britischen Energiepolitik. Danach ist das Ziel ein "sicherer, diversifizierter, kohlendioxidarmer Energiemix". Ausdrücklich sollen erneuerbare Energiequellen wie Wind-, Wellen- oder Sonnenenergie gefordert, Energieeffizienz gesteigert und Technologien zur CO₂-Abscheidungs und -lagerungstechnik entwickelt werden. Aber den bedeutendsten Beitrag zu einer, zumindest in amtlicher Lesart, sauberen und sicheren Energieversorgung soll die Atomkraft übernehmen.



Den Ausbau des nuklearen Sektors wird nicht der Staat, sondern die Wirtschaft übernehmen. "Ich lade die Energieunternehmen ein", rief Hutton im Unterhaus, "jetzt ihre Pläne vorzulegen." Staatliche Subventionen soll es ausdrücklich nicht geben - weder für Bau, Betrieb noch eine spätere Stilllegung der neuen Atomkraftwerke. Allerdings ist, was die Kosten für die Lagerung des anfallenden Atommülls angeht, nur die Rede von einem "Anteil" der Atomindustrie. Die konservative Opposition unterstützte die Pläne der Regierung und versprach ein langfristig stabiles Investitionsklima. Gebaut werden sollen die neuen Meiler hauptsächlich auf dem Gelände bestehender Atomanlagen.

Die Entscheidung für die Atomkraft ist nicht unumstritten. Lediglich 44 % der Briten sind Umfragen zufolge für deren Ausbau. Greenpeace überlegt rechtliche Schritte. Die Umweltorganisation zwang die britische Regierung vor einem Jahr gerichtlich dazu, ihren Ausbauplan einem vollen öffentlichen Anhörungsprozess zu unterziehen. Sie kündigte an, die Entscheidung der Regierung von Anwälten eventuell anfechten zu lassen.

Die Umweltschützer argumentieren, dass selbst zehn neue Atomreaktoren den Kohlendioxid ausstoß Großbritanniens nur um etwa vier Prozent senken würden. Zudem dränge die Konzentration auf die nukleare Option die Förderung erneuerbarer Energien in den Hintergrund. Auch Roger Higman, Direktor der Organisation "Friends of the Earth", lehnte die Wende in der Energiepolitik ab: "Großbritannien kann seinen Energiebedarf decken, die Versorgungssicherheit garantieren und den Klimawandel bekämpfen durch ein umfassendes Programm von erneuerbarer Energie, besserer Effizienz und sauberer Kohlendioxid-Technologie. Darin sollten wir investieren - und nicht in den Dinosaurier der Nuklearenergie."

Gestern meldeten neben dem französischen Kraftwerkshersteller Areva auch der größte deutsche Energiekonzern Eon sowie der RWE-Konzern Interesse am Bau der britischen Kraftwerke an. Großbritannien beendet mit der Entscheidung ein jahreslanges Lavieren und reiht sich in die Reihe von Staaten wie Frankreich und Finnland ein, die einen Ausbau der Atomkraft oder ein Ersetzen alter Meiler planen. Auch die USA haben begonnen Genehmigungen für Atomkraftwerke zu erteilen. Seit der Ölpreis auf Rekordhöhen bei 100 Dollar/ Barrel gestiegen ist, lohnt sich die teure Energieform wieder.

Rheinpfalz vom 11.1.08

Wieder Panne im AKW Krümmel

Bei Untersuchungen im stillstehenden Atomkraftwerk Krümmel hat es ein weiteres meldepflichtiges Ereignis der Kategorie N (normal) gegeben. Bei der Prüfung eines Umschaltvorgangs in der Eigenbedarfsstromversorgung seinen am 22. Dezember unplanmäßig drei der sechs Notstromdieselaggregate gestartet worden, teilte das für Reaktoraufsicht zuständige Kieler Sozialministerium gestern mit. Ursache ist offenbar der defekte Schalter eines Transformators.

Rheinpfalz vom 29.12.07



Risse und Leck im AKW Brunsbüttel

In dem seit Juli wegen Pannen abgeschalteten Atomkraftwerk Brunsbüttel hat der Betreiber erneut Fehler entdeckt. An zwei Armaturen des Reinigungssystems für das Reaktorwasser seien Risse an der Oberfläche aufgetreten, teilte Vattenfall Europe gestern mit. Außerdem sei im sogenannten Unabhängigen Notstandssystem ein kleines Leck an einem Messanschluss festgestellt worden. Dieser gehört zum Kühlsystem einer der beiden Einspeisepumpen. Die Funktion des Notsystems, das im Störfall als Ersatz bei der Kühlung dienen soll, sei nicht beeinträchtigt gewesen, erklärte der Betreiber. Die beiden meldepflichtigen Ereignisse fallen nach Angaben der schleswig-holsteinischen Atomaufsicht in die unterste Kategorie N (normal). Die Ursachen müssten noch geklärt werden. Wie Brunsbüttel ist das ebenfalls von Vattenfall Europe betriebene AKW Krümmel seit Monaten vom Netz.

Rheinpfalz vom 13.11.07

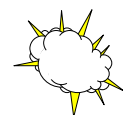
Stromanbieter verkaufen Atomstrom als Ökostrom

Aus Atom- mach Ökostrom: Nach Informationen des SPIEGEL tricksen europäische Stromanbieter ihre Kunden gezielt aus. Sie etikettieren Atom- oder Kohlestrom einfach in Ökostrom um. Eine legale Praxis, die durch Ökozertifikate möglich ist.

Als "reinen Verschiebebahnhof" bezeichnet es Thorsten Kasper von der Verbraucherzentrale, Uwe Leprich von der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes spricht sogar von einer "Täuschung des Verbrauchers": Europäische Stromversorger verkaufen ihren Kunden Ökostrom, der in Wahrheit aber in Atom- oder Kohlekraftwerken erzeugt wurde. Nach Informationen des SPIEGEL etikettieren sie den Atom- oder Kohlestrom einfach in Ökostrom um.

Wie das geht? Ein Stromversorger kauft Strom an der Börse, etwa aus dem AKW Krümmel, für 7 Cent je Kilowattstunde. Den veredelt er dann mit einem Ökozertifikat eines norwegischen Wasserkraftwerks, was ihn lediglich noch mal 0,05 Cent pro Kilowattstunde kostet. Seinen Graustrom darf er dann als Ökostrom verkaufen. Der norwegische Betreiber muss im Gegenzug die entsprechende Menge seines Ökostroms dann in konventionell erzeugten Strom umetikettieren. Diesen für Stromkunden in etlichen europäischen Ländern wenig transparenten Tausch ermöglicht das "Renewable Energy Certificate System" (RECS).

Ein Trick, der nach Meinung von Thorsten Kasper überhaupt erst ermöglicht, dass ganze Städte auf einen Schlag angeblich komplett mit Ökostrom versorgt werden. Aber "nur auf dem Papier, ohne dass auch nur eine zusätzliche Kilowattstunde davon erzeugt wird", sagt Kasper. Erst kürzlich hatten sich auf diese Weise die Städtischen Werke Kassel als "Vorreiter für umweltgerechte Stromerzeugung" präsentiert, mit "sauberem Naturstrom" für alle Haushalte. Etliche Versorger ziehen derzeit nach.



Uwe Leprich kritisiert, dass der Verbraucher gezielt irreführt werde. In dem Glauben, dass für sein Geld neue Windräder oder Solaranlagen installiert würden, kaufe er den vermeintlich sauberen Strom. "Tatsächlich landet sein Geld größtenteils beim Atom- oder Kohlekraftwerksbetreiber." Und womöglich werde mit dem grünen Label auch noch die nächste Preiserhöhung kaschiert.

Ökologisch ausgerichtete Verbraucher sollten deshalb bei ihren Anbietern unbedingt nachfragen, welcher konkrete zusätzliche Umweltnutzen entstehe, rät Leprich.

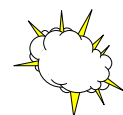
Spiegelonline vom 05.01.2008

Kernenergie: weder CO₂-neutral noch befreiend

Der Mythos von der Atomkraft als Methode klimafreundlicher Energieerzeugung ist ungebrochen. Neu gespeist wird er immer wieder durch die Propaganda der Atomlobby oder Statements von CDU-Politikern, so zuletzt von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Steinkohletag Anfang November. Dabei spuken zwei zentrale Argumente durch die medial bestrahlten Köpfe: Das erste lautet, dass die Atomenergie keine Treibhausgase produziert, das zweite behauptet, mit der Atomkraft mache man sich von Rohstoffen unabhängig, insbesondere aus den islamischen Ländern, die einen Großteil der weltweiten Öl- und Gasvorräte beherbergen.

Tatsächlich ist die CO₂-Bilanz der Atomkraft jedoch nur solange neutral, wie man Uranabbau, Anreicherung des Urans, Erzeugung der Brennstäbe, Transport, Bau eines Atomkraftwerkes und ähnliches ausklammert und sich einzig und allein auf die Produktivitätsphase der Atomkraftwerke (AKW) beschränkt. Das Ökoinstitut Darmstadt kommt bei seiner aktualisierten Studie aus dem Jahre 2006 zu dem Ergebnis, dass deutsche Atomkraftwerke 33 Gramm Treibhausgase pro Kilowattstunde (kWh) ausstoßen. Das wären bei einem deutschen Standard-Kernkraftwerk mit einer Leistung von 1.250 Megawatt (MW) 250.000 Tonnen pro Jahr. Nicht berücksichtigt sind dabei ein späterer Abriss der Meiler und die Endlagerung der abgebrannten Brennstäbe, da sich zum heutigen Zeitpunkt, wo noch nicht einmal eine Endlagerstätte gefunden wurde, schwer sagen lässt, wie viel Treibhausgase dabei einmal freigesetzt werden.

Eine Studie der niederländischen Wissenschaftler Philip Smith und Jan Willem Storm van Leeuwen kommt sogar zu noch höheren Ergebnissen: Nach ihren Berechnungen entweichen während des Lebenszyklus´ eines einzigen Kernkraftwerks 84 bis 122 Gramm CO₂. Mit eingerechnet ist dabei allerdings auch ihr Abriss. Smith und Storm van Leeuwen gehen ebenfalls von einem Durchschnittswert aus, das heißt einem 0,15-prozentigen Uranerz. Der Urangehalt, die Art seiner Gewinnung und seine Qualität entscheiden nämlich über die Menge an CO₂, die ein AKW netto produziert. Mit der zunehmenden Erschöpfung der Ressourcen verschiebt sich die Bilanz zu Ungunsten des Atomstroms. Nach Aussage von Torben Becker, Energieexperte beim Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), beziehen deutsche Atomkraftwerke derzeit noch einen günstigeren Mix als den von Smith und Storm van Leeuwen unterstellten.



Die Uranvorräte sind relativ gleichmäßig über die Erde verteilt, doch in ihrer Zugänglichkeit und Konzentration im Gestein gibt es große Unterschiede. Die größten Vorkommen befinden sich in Australien, Kasachstan, Kanada und Südafrika. Besonders reichhaltig sind sie in Saskatchewan (Kanada), ihr Gehalt im Gestein liegt mit 20 Prozent so hoch, dass es mit schwächerem Erz gemischt werden muss, um es aufarbeiten zu können, denn am geeignetsten ist dafür ein Urangehalt von vier Prozent. Das Erz australischer Minen enthält dagegen nur zwischen 0,2 und 1 Prozent Uran, der Gehalt vieler kleinerer US-amerikanischen Minen ist sogar noch niedriger. Vielerorts lohnt sich ein Abbau nur, weil gleichzeitig andere Edelmetalle wie Kupfer oder Gold gewonnen werden.

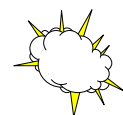
Je niedriger der Urangehalt, desto größer der Abraum an nicht nutzbarem, strahlendem Erz und desto höher der Energieaufwand, um es herauszulösen. Bei etwa 0,05 Prozent liegt, so die niederländische Studie, die Grenze, ab der sich die Atomkraft unterm Strich nicht mehr rentiert, denn sie verbraucht in ihrer Entstehung genauso viel Energie wie sie hinterher produziert.

Den Löwenanteil des indirekten Energieverbrauchs der Atomenergie verschlingt die Erzeugung der Brennstäbe. Nach Berechnungen von Smith&Co. entstehen dabei 56 Gramm CO₂ pro später vom Kraftwerk gelieferter Kilowattstunde. Dazu gehört neben dem Abbau des Erzes und der Herauslösung des Urans seine Aufarbeitung zum sogenannten "Yellowcake": In diesem Prozess wird das Erz gebrochen und gemahlen und schließlich in Fässer verpackt und versandt. Später wird es in Uranhexafluorid umgewandelt, angereichert und zu Brennstäben verarbeitet.

Kohlendioxid entsteht weiterhin beim Bau der Anlagen, dem Transport der funktionsfähigen Brennstäbe zum Kraftwerk sowie der abgebrannten Brennstäbe zum Zwischen- und Endlager und beim aufwändigen Abriss der AKWs, die das Ende ihres Lebenszyklus erreicht haben.

Nicht zu vernachlässigen ist, vergleicht man die unterschiedlichen Energieträger, außerdem die Nutzung der Abwärme: Atomkraftwerke produzieren zentral große Mengen an Energie. Doch die dabei entstehende Abwärme entweicht ungenutzt in die Atmosphäre, denn, wie der Vorsitzende von der Umweltschutzorganisation Friends of the Earth Europe, Martin Rocholl, treffend sagt, wer stellt sein Haus schon freiwillig neben ein Atomkraftwerk?

Damit rangiert das AKW was den Treibhausgas-Ausstoß angeht, fast auf einer Stufe mit einer gasbetriebenen Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlage, wie auch das Bundesumweltministerium in seiner Broschüre *Atomkraft - ein teurer Irrweg* aus dem Jahre 2006 einräumt. Auch brauchen wir ein viel flexibleres Energiesystem, das etwa auf die diskontinuierliche Stromerzeugung der Windkraft reagieren kann: "Das kann ein kleines Gaskraftwerk wesentlich besser als ein großes Gas- oder Atomkraftwerk", bemerkt Torben Becker vom BUND.



Bleibt die viel beschworene Unabhängigkeit von den als "Schurkenstaaten" gehandelten Rohöl- und Gasproduzenten und ihren zur Neige gehenden fossilen Brennstoffen - und da gilt: Auch Uran ist eine begrenzte Ressource. Peter Diehl, Leiter des World International Service on Energy (WISE) Uranium Project und Verfasser der Greenpeace-Studie *Reichweite der Uran-Vorräte der Welt* aus dem Jahre 2006, schätzt die bekannten Vorräte bis zu 130 US Dollar pro Kilogramm förderbaren Urans auf 4,58 Millionen Tonnen. Bei dem gegenwärtigen Verbrauch würde das noch für 67 Jahre reichen. Die Energieklippe, ab der sich ein AKW unterm Strich energetisch nicht mehr lohnt, könnte jedoch, wenn der Anteil der Atomkraft am steigenden Weltenergiebedarf mit 2,2 Prozent gleich bliebe, bereits 2050 überschritten werden.

Michael Müller, Staatssekretär im Bundesumweltministerium, verweist auf die Aussage des Weltklimarats, dass der Anteil nuklearer Stromerzeugung bis 2020 nur mit Anstrengung auf drei Prozent Endenergie gesteigert werden könne: "Das ist nichts im Vergleich zu Effizienz der erneuerbaren Energien", betont er. Und so setzen die Verfechter der Atomkraft eindeutig auf das falsche Pferd. Die Zukunft gehört dem Wind, der Sonne und den Biogasanlagen.

Die Ost-West-Wochenzeitung 49 vom 07.12.2007.

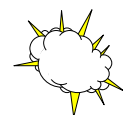
US-Regierung distanziert sich von Klima-Kompromiss

Nur wenige Stunden nach dem Abschluss der UN-Klimakonferenz von Bali hat sich die US-Regierung von dem erzielten Kompromiss distanziert.

Washington sei "ernsthaft besorgt" über die Beschlüsse zur Verringerung der Emissionen von Treibhausgasen, erklärte das Weiße Haus. Ein Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls müsse das Recht eines Staates auf wirtschaftliches Wachstum und Energiesicherheit anerkennen. Gleichzeitig forderte die US-Regierung größere Anstrengungen der Schwellenländer beim Abbau der Treibhausgase. Die großen Industriemächte allein könnten die Herausforderung nicht schultern. Die USA wollen erreichen, dass Staaten wie China, Indien und Brasilien eine stärkere Verantwortung beim Klimaschutz übernehmen. Auf Ball hatte die US-Delegation mit ihrem Veto gedroht und erst bei der dramatischen Schlussabstimmung eingelenkt.

Im Gegensatz zu den USA wertete Bundeskanzlerin Merkel das Ergebnis als "großen Erfolg". Nun sei der Weg frei für die eigentlichen Verhandlungen über wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz". Die knapp 190 Länder hatten sich am Samstag auf einen Fahrplan für ein neues UN-Klimaschutzabkommen geeinigt. Auf konkrete Ziele für die Reduzierung von Treibhausgasen wird in dem Abschlussdokument aber nur indirekt verwiesen. Dies hatten die USA durchgesetzt.

Rheinpfalz vom 17.12.07



Kohlekraftwerk nicht zukunftsfähig

Aus ökologischen und ökonomischen Gründen fordert der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. die Stadtwerke Mainz-Wiesbaden auf, ihre Pläne für ein Kohlekraftwerk am Standort Mainz zurückzuziehen. Das Projekt sei das Gegenteil einer vernünftigen Planung. Die Umweltbelastung durch Feinstaub, Luftschadstoffe und CO₂ werde unverantwortlich hoch. Die Kosten liefen aus dem Ruder.

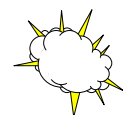
Die Bevölkerung von Mainz und Wiesbaden wird gleich doppelt gestraft. Sie hat die schlechtere Luft, die gesundheitlichen Schäden und muss am Schluss über die Stromrechnung oder den städtischen Haushalt auch noch die teuren Kosten für die Fehlplanung der Verantwortlichen aufbringen. Das Kohlekraftwerk ist wirtschaftlich nicht mehr sinnvoll. Die EU-Vorgaben werden den Kraftwerksbetrieb so verteuern, dass die Planung nicht mehr sinnvoll ist.

„Wir fordern deshalb die KMW, aber auch Herrn Beutel und Frau Conrad als politisch Verantwortliche auf, dem Kohlekraftwerk eine Absage zu erteilen. Klimaschutz und der Bau eines 800 MW Kohlekraftwerkes sind nicht vereinbar. Wer anderes behauptet verschließt die Augen vor der Realität,“ begründet BUND-Landesvorsitzender Dr. Bernhard Braun die Einwendungen des BUND gegen das Kohlekraftwerk. Auch die gesundheitlichen Folgen für die Mainzer Bevölkerung durch Feinstaub, Schwermetalle und andere Luftschadstoffe seien nicht hinnehmbar. Darauf hätten auch Ärzteinitiativen hingewiesen.

Die Pläne der EU, die am 23. Januar vorgestellt werden, werden den Betrieb des Kraftwerkes massiv verteuern, stellt Dr. Werner Neumann, Sprecher des Bundesarbeitskreis Energie des BUND, fest. Die Versteigerung der CO₂ Emissionen, verändert die Grundlagen der Planung.

Es müsse nun noch einmal ernsthaft über Alternativen nachgedacht werden. Als Übergangslösung würde der BUND auch ein 400 MW Gaskraftwerk akzeptieren. Die Versorgungssicherheit sei damit allemal gewährleistet und es blieben noch Investitionsmittel zur Energieeinsparung beispielsweise durch Contracting im Gebäudebereich oder für Erneuerbare Energien übrig.

Auch die Erhöhung der Temperatur des Rheines durch die Kühlwassereinleitung sei keineswegs akzeptabel. Schon heute liegen die Wassertemperaturen des Rhein über den Grenzwerten. Für die Zukunft werde durch die Häufung sommerlicher Niedrigwasserstände und höhere Temperaturen ohnehin eine weitere Temperaturerhöhung erwartet. Das Kraftwerk leite überdies das erwärmte Kühlwasser in einen Seitenarm des Rhein, wo eine wesentlich langsamere Durchmischung mit weniger belastetem Wasser stattfinde. Wandernde Fischarten würden hierdurch beeinträchtigt. Diese Planung sei nicht genehmigungsfähig.



Braun fordert auch Umweltministerin Conrad auf, gegen die Mainzer Pläne Farbe zu bekennen. Die rheinland-pfälzische SPD falle ihren hessischen SPD-Kollegen im Wahlkampf in den Rücken. „Wer Klimaschutz fordert und den Bau eines neuen völlig überdimensionierten Kohlekraftwerkes unterstützt, der redet mit gespaltener Zunge und macht sich für den Bereich Umweltschutz insgesamt unglaublich.“

Der BUND wird in den kommenden Wochen mit Aktionen und Informationsveranstaltungen gegen die Kraftwerksplanung kämpfen. Auch Einwendungen werden nicht nur selbst eingebracht, sondern auch weiterhin gesammelt.

Unterstützt wird auch die Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz, KOMA, die zeigt, dass die Mainzer und Wiesbadener Bevölkerung die jetzige Planung nicht akzeptiert.

BUND-PM vom 21. Januar 2008

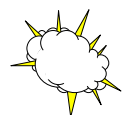
Mainz: BUND gegen Bau des Kohlekraftwerks

Vier Millionen Tonnen CO₂ bis zu 390 Tonnen Feinstaub und 10 Tonnen giftige Schwermetalle wie Cadmium und Quecksilber soll das geplante Kohlekraftwerk jedes Jahr ausstoßen. Dazu sei mit jährlichen Aufwendungen in Höhe von etwa 100 Millionen Euro für CO₂-Zertifikate zu rechnen, die den Betrieb des Kraftwerks unwirtschaftlich werden lassen.

Dies behauptete gestern der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende des BUND, Bernhard Braun, und forderte die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG und die Politik auf, aus ökologischen und ökonomischen Gründen vom Bau des Kohlekraftwerks abzusehen. Gemeinsam mit dem Sprecher des Bundesarbeitskreises Energie des BUND, Werner Neumann, präsentierte er Eckpunkte eines alternativen Energiekonzepts.

Mit einer Leistung von 823 MW ist das Kohlekraftwerk völlig überdimensioniert", so Braun. Beide rechneten vor, dass die Versorgungssicherheit für Mainz und Wiesbaden durch einen Mix aus erneuerbaren Energien, verbesserter Kraft-Wärme-Kopplung und einem modernen 400-MW-Gaskraftwerk sichergestellt werden könne. Dies käme auch der Umwelt zugute: "Ein solches Gaskraftwerk stößt viermal weniger CO₂ aus, als das projektierte Kohlekraftwerk und kann bedarfsgerecht bei hohem Stromverbrauch eingesetzt werden", erläuterte Neumann. "Ein Kohlekraftwerk muss dagegen mit einer bestimmten Grundlast gefahren werden - unabhängig davon, ob der erzeugte Strom gebraucht wird." Die in der Diskussion stehenden CO₂-Abscheidungen lehnt er ab: "Es gibt Zweifel, ob das technisch überhaupt umsetzbar ist. "

Braun verwies ergänzend auf die Verdreifachung des Kohlepreises seit dem Jahr 2000 und Planungen der EU, ab 2013 bisher kostenlos verteilte CO₂-Emissionszertifikate zu versteigern.



Der rheinland-pfälzischen Umweltministerin Margit Conrad und dem Mainzer Oberbürgermeister Jens Beutel (beide SPD) warf Braun vor, "zu tricksen", um die Akzeptanz des Kraftwerksbaus in der Öffentlichkeit zu erhöhen: "Am Ende zahlt der Bürger mehr für seinen Strom und leidet unter der schlechteren Luft."

Für ökologisch bedenklich hält er die Erhöhung der Temperatur des Rheinwassers durch die Kühlwassereinleitung: "In Verbindung mit der Häufung sommerlicher Niedrigwasserstände leidet das gesamte Ökosystem. "

Rhein-Zeitung vom 22.1.08

Stadtwerke beteiligen sich an Kohlekraftwerk

Die Trierer Stadtwerke werden sich mit 12,6 Millionen Euro an einem neuen Kohlekraftwerk in Hamm beteiligen. Der Trierer Stadtrat hat gestern Abend dem Vorhaben zugestimmt: Aus formalen Gründen fand die Abstimmung in nichtöffentlicher Sitzung statt. Vorher hatten die Fraktionen ihren Standpunkt aber durchaus deutlich gemacht. CDU, UBM und FDP halten das Projekt für wirtschaftlich sinnvoll und ökologisch vertretbar und verhalfen ihm deshalb zur notwendigen Mehrheit. SPD, Grüne und Oberbürgermeister Jensen blieben bei ihrer Ablehnung, vor allem aus ökologischen Gründen. In vier Jahren soll das Kohlekraftwerk fertig sein. Dann wollen die Stadtwerke dreizehn Prozent ihres Stroms von dort beziehen.

Triererischer Volksfreund vom 19.12.07

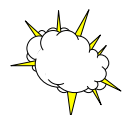
Ratsmehrheit für Kohlekraftwerk

Das von der EnBW geplante, neue Kohlekraftwerk am Rhein bei Karlsruhe mit einer Leistung von 912 Megawatt hat eine weitere, wichtige Hürde genommen. Gegen die Stimmen der Grünen genehmigte der Gemeinderat der Stadt einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan, der dem Energieversorger das Baurecht für die Anlage erteilt.

Noch fehlt die Baugenehmigung des Regierungspräsidiums, das in den zurückliegenden Tagen mehrere Erörterungstermine organisiert hatte, in welchen die Auswirkungen auf Luft und Wasser thematisiert worden waren.

In der Ratsdebatte wurden erneut jene Argumente vorgebracht, die bereits im Vorfeld eine Rolle spielten. Während die Grünen Kohlekraftwerke als klimaschädliche Auslaufmodelle bezeichneten, verwiesen die Redner aller anderen Fraktionen darauf, dass die EnBW - wie von ihr mitgeteilt - das neue Kraftwerk vor allem deshalb baue, um ältere, noch schädlichere Anlagen stilllegen zu können.

Rheinpfalz vom 18.12.07

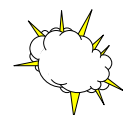


„Folgen des Klimawandels sind unumkehrbar“

Nach fünftägigen Beratungen hat der Weltklimarat IPCC seinen Abschlussbericht vorgelegt. Die wichtigsten Punkte des sogenannten Syntheseberichts, der die drei vorliegenden Teilberichte zusammenführt und damit den Weltklimareport vollendet:

- Der Mensch steht als Ursache des Klimawandels praktisch fest. Die Folgen dieses Wandels werden nach Einschätzung der Experten vermutlich „plötzlich oder unumkehrbar sein.
- Seit 1970 hat der vom Menschen erzeugte Ausstoß von Treibhausgasen um 70 Prozent zugenommen. Die Konzentration des wichtigsten Treibhausgases Kohlendioxid übersteigt die in den vergangenen 650.000 Jahren natürliche Menge bei weitem.
- Die Temperaturen werden bis zum Jahr 2100 wahrscheinlich um 1,8 bis vier Grad Celsius gegenüber 1990 steigen, möglicherweise sogar um 6,4 Grad. Um die Erwärmung auf zwei bis 2,4 Grad zu begrenzen, muss der CO₂-Ausstoß bis 2050 um 50 bis 85 Prozent niedriger sein als im Jahr 2000. Wenn der Temperaturanstieg mehr als 1,5 bis 2,5 Grad beträgt, sind 20 bis 30 Prozent aller Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht.
- Weltweit wird es immer mehr Hitzeperioden, Dürren und Überschwemmungen geben. Die Folgen: Trinkwassermangel und Artensterben. Gletscherschmelze, Schneeknappheit in den Bergen und das Zurückgehen des Eises im Sommer in der Arktis sind Belege für den Klimawandel. In seinem ursprünglichen Papier war der Rat noch davon ausgegangen, dass der Meeresspiegel bis 2100 zwischen 18 und 59 Zentimeter ansteigen wird. Angesichts der weitaus düstereren Prognosen aktueller Studien will er sich nun nicht mehr auf diese Obergrenze festlegen. Vom Klimawandel am stärksten in Mitleidenschaft gezogen werden Afrika, die Arktis, kleine Inseln und die Riesen-Flussdeltas an den asiatischen Küsten.
- Die Kosten für den Kampf gegen den Klimawandel belaufen sich selbst bei den ehrgeizigsten Szenarien auf weniger als 0,12 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP). Im teuersten Fall würden bis 2030 weniger als drei Prozent des BIP aufgewendet.

Rheinpfalz vom 19.11.07



Das zweitwärmste Jahr seit 1901

2007 war zumindest das zweitwärmste Jahr seit der flächendeckenden Wetterbeobachtung in Deutschland im Jahr 1901. Ob der Rekord von 2000 eingestellt werden kann, steht erst nach Auswertung aller 2200 Messstationen des Deutschen Wetterdienstes im Januar fest.

Das sagte gestern der Meteorologe Uwe Kirsche vom Deutschen Wetterdienst (DWD) in Offenbach. Das zu Ende gehende Jahr sei nicht nur außergewöhnlich warm gewesen, sondern auch recht nass und sonnig.

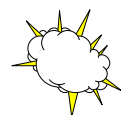
2007 bestätigte sich erneut der Trend zu einer immer wärmeren Witterung. So setzte sich bis Juni die im September 2006 begonnene Serie erheblich zu warmer Monate fort. Seit mehr als 100 Jahren gab es keinen so milden Januar. Mit durchschnittlich 4,8 Grad lag die Temperatur um 5,3 Grad über dem langjährigen Klimawert von minus 0,5 Grad. Dies trug auch dazu bei, dass der Winter zum mildesten seit Beginn der deutschlandweiten Temperaturmessungen wurde.

Sehr außergewöhnlich war auch der April mit hohen Temperaturen, extremer Trockenheit und ungewöhnlichem Sonnenscheinreichtum. Es folgten ein nasser Sommer und ein durchschnittlicher Herbst. 2007 lag die Durchschnittstemperatur in Deutschland kurz vor Jahresende mit etwa 9,8 Grad um 1,6 Grad über dem langjährigen Mittel von 8,2 Grad.

Das wärmste Jahr war bisher 2000 mit knapp 9,9 Grad.

Auch bei der Sonnenscheindauer gab es 2007 wieder ein Plus. Über alle Regionen Deutschlands gemittelt schien die Sonne rund 1738 Stunden. Das sind 114 Prozent des für Deutschland typischen Klimawertes von 1528 Stunden. Landsberg am Lech in Oberbayern wurde mit rund 2041 Stunden zum sonnenscheinreichsten Ort. Am wenigsten zeigte sich die Sonne auf dem Brocken mit 1362 Stunden.

Rheinpfalz vom 29.12.07



Weihnachtsbeleuchtung bleibt ein Stromfresser

Die rund 1,87 Millionen privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz haben für den weihnachtlichen Lichterglanz in Gebäuden und Gärten rund 19 Millionen Kilowattstunden verbraucht. Das reicht aus, um etwa 5500 Haushalte ein Jahr lang mit Strom zu versorgen. Diese Schätzung beruht auf Angaben des Heidelberger Instituts für Energiedienstleistungen, das den Stromverbrauch für die Weihnachtsbeleuchtung der privaten Haushalte bundesweit mit 409 Millionen Kilowattstunden angibt. Danach verbraucht ein durchschnittlicher Haushalt, der sich mit zwei Lichterketten und einem zehn Meter langen Lichtschlauch ziert, zwischen dem 1. Advent und den ersten Tagen im Januar bis zu 204 Kilowattstunden. Dies kostete beim billigsten Stromanbieter rund 33 Euro und beim teuersten etwa 55 Euro, rechnete das Heidelberger Institut vor. Die Pflanzwerke AG (Ludwigshafen) geht davon aus, dass in ihrem Versorgungsbereich durch die Weihnachtsbeleuchtung privater Haushalte ein Strom-Mehrverbrauch von rund vier Millionen Kilowattstunden entstanden ist.

Rheinpfalz vom 10.1.08

Stromverkauf lohnt!

Die Stromversorger in Deutschland haben ihre Durchschnittserlöse für die Energie aus der Steckdose innerhalb von sechs Jahren um mehr als 40 Prozent gesteigert. Allein 2006 stiegen sie im Vergleich zum Vorjahr um 7,3 Prozent. Das geht aus der gestern vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Auswertung der Durchschnittserlöse je Kilowattstunde in den Jahren 2000 bis 2006 hervor. Nach Angaben der Statistiker stieg der Durchschnittserlös aus der Stromlieferung an die privaten Haushalte seit 2000 um 34,9 Prozent auf 15,23 Cent je Kilowattstunde. Bei Sondervertragskunden - etwa Unternehmen mit großem Stromverbrauch - erhöhten sich die Einnahmen der Stromversorger sogar um 56,9 Prozent auf 8,02 Cent je Kilowattstunde.

Das Bundeskartellamt kündigte an, die Möglichkeiten des neuen Kartellrechts rigoros nutzen und systematisch gegen zu hohe Strom und Gaspreise vorgehen zu wollen. Kartellamtspräsident Heitzer äußerte sein Unverständnis über die Energiekonzerne, die ihre jüngsten Preiserhöhungen mit gestiegenen Beschaffungskosten und dem Ausbau der erneuerbaren Energien begründet hatten. Diese Gründe seien auch in Fachkreisen umstritten.

Rheinpfalz vom 20.11.07

